

14

Bonn, Montag 17. Juli 1967

Sprecher: Barzel, Dufhues, Fay, Fricke, Hange, Heck, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemmer, [Meyers], Scheufelen, Schmücker, Schröder, Seebohm, [Selbach], Stingl, Stoltenberg.

Bericht zur Lage. Arbeit der Partei 1967/68. Landtagswahl in Niedersachsen. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 16.15 Uhr

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, ich hatte eben noch einen Anruf vom Herrn Bundesfinanzminister und Vorsitzenden der CSU. Es ist offensichtlich jetzt mehr Luft hier. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren! (Fay: Wir sind doch keine Luft! – Heiterkeit. – Barzel: Die Luft ist besser als sonst, weil die Sozialdemokraten nicht da sind.) Entschuldigt haben sich die Herren Kollegen Blank, Gradl, Röder, Lemke, Amrehn, Filbinger, von Hassel und Lücke. Unsere Tagesordnung sieht als Punkt 1 vor:

BERICHT ZUR LAGE

Es ist viel zu sagen; es ist viel los, und es ist viel Unruhe da. Ich darf mit der außenpolitischen Situation – einer alten Tradition dieses Hauses entsprechend – beginnen und dann auf die innenpolitische Situation übergehen. Reicht es, wenn ich sitzen bleibe? (*Zustimmung.*) Wenn wir überhaupt sitzen bleiben, kommen wir eher durch. Sie wissen, daß ich mit Präsident Johnson aus Anlaß seines Hierseins bei der Bestattung unseres Altbundeskanzlers Dr. Adenauer ausführliche Gespräche gehabt habe und inzwischen mit vielen anderen Politikern und Staatsmännern.¹ Wir waren auch in Rom bei der Zehnjahresfeier der Römischen Verträge.² Ich hatte nun auch das zweite Gespräch mit dem Präsidenten de Gaulle nach der Wiederaufnahme oder Wiederbelebung – wie man es nennen will – des deutsch-französischen Vertrages im Januar dieses Jahres.³

In den Gesprächen mit Präsident Johnson ging es mir darum, dem amerikanischen Präsidenten klarzumachen, daß ich durchaus bereit war und bin, in unserem westlichen Bündnisssystem eine führende Macht anzuerkennen. Ich halte es für einen reinen Un-

1 Staatsakt am 22. April 1967; zu den Unterredungen anläßlich der offiziellen Trauerfeierlichkeiten vom 24.–26. April 1967 vgl. AAPD 1967 Nr. 140 (mit Moro), 142 (mit de Gaulle), 143 (mit Wilson), 146 (mit Ben Gurion) und 147 (mit Johnson).

2 Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Rom vom 29./30. Mai 1967, vgl. AAPD 1967 Nr. 194, 197.

3 Arbeitsbesuch de Gaulles in Bonn am 12./13. Juli 1967, vgl. AAPD 1967 Nr. 261–264.

sinn, von gleichberechtigter Partnerschaft zu sprechen, wo politisch eine Macht nun einmal die Führung hat und auch haben muß. Aber ich habe im gleichen Zusammenhang dann gesagt, gerade diese Tatsache, daß Amerika die Führungsrolle in der westlichen Welt zufällt, muß Amerika zwingen, eine weltpolitische Konzeption zu entwickeln, die auch im Interesse der Verbündeten liegt.

Ich wies den Präsidenten darauf hin, daß Unruhe darüber entstanden sei, und zwar im Zusammenhang mit dem Atomsperrvertrag und mit anderen Vorgängen, ob in Amerika entweder klare andere Prioritäten gesetzt worden seien – wie es viele behaupten –, oder ob es mehr ein Schwimmen der amerikanischen Politik sei angesichts der Schwierigkeiten, in denen die Amerikaner sind. Ich habe also die Probleme sehr offen angesprochen. Nach einigen Überbrückungsschwierigkeiten ist dann der Präsident aus sich herausgegangen. Wir sind im Grunde genommen auf einen sehr einfachen Modus vivendi gekommen. Beide hielten wir eine Festigung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik und eine Festigung und Modernisierung der NATO für äußerst wünschenswert.

Wir kamen beide überein, daß die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Deutschland wichtig sei und daß so wenig wie möglich – ich komme in einem anderen Zusammenhang noch darauf zurück – diese Truppenstärke reduziert werden solle. Darüber gab es viele technische Einzelgespräche. Wir kamen weiter überein, daß in Zukunft viel enger und häufiger als bisher Gesamtkonsultationen stattfinden sollten. Der Präsident tat so, als verstünde er es nicht; vielleicht hat er es zunächst auch nicht verstanden, was ich wollte. Er sagte, er habe erstklassige Mitarbeiter; er würde z. B. McNamara⁴ mehr trauen als sich selber. Ich sagte ihm, ich habe nicht die Qualität Ihrer Mitarbeiter, sondern die Qualität unserer Konsultationen gemeint, d. h. ich möchte nicht, daß wir uns auf einige Streitpunkte konzentrieren und uns dauernd auseinandersetzen, sondern ich muß wissen, was die Amerikaner wollen in dieser Welt. Und dann sage ich Ihnen freimütig, was wir darüber denken. Ich habe ihm das am Beispiel des Atomsperrvertrages klarzumachen versucht. Das ist dann auch hingekommen.

Er hat mich – wenn auch nicht sehr eingehend – über seine Gespräche mit Kossygin informiert.⁵ Das sind alles Dinge, die früher nicht so geschehen sind. Es geht seitdem ein ständiger Austausch von Telegrammen hin und her. Er kriegt heute wieder eines von mir.

Wir haben dann ausgemacht, daß wir uns am 7. und 8. Juli treffen wollten. Aber in der Vorausahnung der kommenden Schwierigkeiten habe ich diesen Besuch abgesagt. Das hat er auch völlig verstanden, und er hat dann vorgeschlagen, den ursprünglich vorgesehenen zweiten Termin, nämlich den 12. und 13. September, ins Auge zu fassen. Ich habe ihm zurückgeschrieben: einverstanden, aber es könnte sein, daß ein früherer Termin vielleicht nach seinem Urteil besser wäre. Denn er sollte nicht den Eindruck haben,

4 Robert Strange McNamara (geb. 1916), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1961–1968 Verteidigungsminister.

5 Treffen am 23. und 25. Juni 1967 in Glassboro (New Jersey), vgl. AdG 1967 S. 13309f.

als ob ich auf dem 12. und 13. September bestünde. Ich wäre bereit, jederzeit ab dem 15. Juli zu kommen.⁶

Er ließ mir vor ein paar Tagen sagen, er überlege sich noch einmal, ob es nicht besser sei, daß ich vor dem 12. September käme. Er hielt das unter den gegebenen Umständen für richtiger. Mein von ihm dringend erwünschtes Zugeständnis zu umfassenderen Konsultationen war nicht zufällig. Er sagte: Jedesmal, wenn ich etwas dazu sage, nehmen meine innenpolitischen Gegner das zum Anlaß, um es gegen mich zu verwerten. Es war sehr deutlich bei ihm zu sehen, daß es ihm vor allem um die Frage der Wiedervereinigung geht.

Zur Nahost-Krise⁷, seit der sein Prestige in den Vereinigten Staaten wieder mächtig gewachsen ist, drückte er sich so aus: Macht so etwas im Familienkreis.

Ich habe ihm dann unsere Ostpolitik klargemacht und erklärt, was wir wollen. Ich sagte: Wir wollen eine Entspannung, aber in der Weise, daß die deutsche Frage nicht aus dem Auge verloren wird. Wir weigern uns, eine Entspannungspolitik mitzumachen, bei der man sagt, eines Tages wird man vielleicht auch die deutsche Frage lösen. Wir sagen nicht mehr, erst Wiedervereinigung, dann Entspannung; denn wir sind realistisch genug, um einzusehen, daß es mit dieser einfachen Formel nicht geht. Aber wir sagen auch nicht, erst Entspannung und dann vielleicht irgendwann einmal auch Wiedervereinigung. Damit war er einverstanden.

Ich habe ihm erklärt, es wird schwierig sein. Wir haben jetzt den ersten Vorstoß gemacht.⁸ Jetzt ist eine Barriere heruntergelassen worden drüben; die stehen unter Druck. Wir wissen, daß sie die Beziehungen wieder normalisieren wollen. Das wird auch kommen, aber es wird Zeit brauchen, und wir müssen Geduld haben. Im innenpolitischen Verhältnis wollen wir die Dinge, wenn es geht, entgiften, um die Spaltung zu überwinden; aber man soll nicht daraus folgern, dies sei ein Zeichen dafür, daß wir eher bereit wären, das System drüben anzuerkennen; ganz im Gegenteil! Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur sagen, der allgemeine Trend war positiv und in Ordnung.

Über de Gaulle und Frankreich wurde gesprochen. Ich sagte ihm: Wir machen eine Politik gemeinsam mit Frankreich, die sich vor allem auf Europa bezieht, aber wir sind nicht einig mit den Franzosen, was ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten anlangt. Wir sind auch nicht einig, was den Beitritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft angeht.⁹ Wir sind keineswegs einig mit den Franzosen über die Art, wie das amerikanische Engagement in Vietnam angesehen wird. Sie können sich

6 Kiesinger hielt sich vom 14.–17. August 1967 in den USA auf, vgl. AAPD 1967 Nr. 301. Zur Verschiebung des Besuchs wegen der Debatte im Kabinett um die Finanzplanung vgl. KROEGEL S. 180; AAPD 1967 S. 971 Anm. 5, Nr. 254.

7 „Sechs-Tage-Krieg“ vom 5.–10. Juni 1967 zwischen Israel und arabischen Staaten.

8 Am 10. Mai 1967 hatte der Ministerpräsident der DDR, Willi Stoph, an Kiesinger geschrieben (DzD V/1 S. 1115–1117), dessen Antwortschreiben datiert vom 13. Juni 1967 (EBD. S. 1278 f.).

9 Am 10. Mai 1967 hatten Großbritannien, Irland und Dänemark einen erneuten Antrag auf Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften gestellt, der von Frankreich abgelehnt wurde, vgl. AdG 1967 S. 13156, S. 13161.

denken, daß ich mit einiger Sorge der Begegnung mit Herrn de Gaulle entgegengesehen habe; denn wenn man das ganze Spektrum überblickt, könnte man fragen, wo sind wir denn mit den Franzosen noch einig? Es gibt doch viele Probleme. Das Verhältnis zu Amerika macht konkrete Schwierigkeiten. Da ist Vietnam. Da ist der Nahost-Konflikt. Da ist dieses von beiden Staaten als sehr wichtig angesehene monetäre Problem, das Problem der Liquidität.¹⁰ Da ist der Beitritt Großbritanniens zur EWG. Da ist möglicherweise ein ganz verschiedenes Verhältnis und eine ganz verschiedene Einschätzung der Rolle der Sowjetunion in der heutigen Welt.

Deswegen hatte ich mich entschlossen, mit dem General eine ganz klare Sprache zu sprechen. Man muß es bei ihm so machen, daß man am ersten Tag die Präliminarien macht, um am zweiten Tage dann die Dinge auf die „Hörner“ zu nehmen. Das habe ich getan. Ich habe ihm gesagt, was unsere Bevölkerung irritiert, und bat ihn, einmal wirklich klar zu sprechen. Das hat er auch getan. Im Verhältnis zu Amerika hat er seine alte These wiederholt, es müsse Europa darum gehen, eine amerikanische Vorherrschaft auf allen Gebieten abzuwehren. Das enthalte keine Feindschaft.

Ich fasse jetzt zusammen. Was ich sage, ist herausgearbeitet worden im Laufe des Gesprächs durch dauernde bohrende Fragen von mir. Also, er erklärte, das enthalte keine Feindseligkeiten gegenüber Amerika. Auf meine präzisen Fragen hat er gesagt: Unbedingt notwendig ist die Erhaltung des nordatlantischen Bündnisses sowie die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf deutschem Boden. – Ich erwiderte: Wir wollen auch unabhängig sein. Wir wollen ein starkes und unabhängiges Europa, das auch unabhängig ist von der Sowjetunion. – Darauf sagte er: Der Whisky erobert die Welt, der Wodka nicht! (*Heiterkeit und Bewegung.* – *Barzel*: Das ist falsch.) Das ist nicht falsch. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Er sagte, Whisky siegt sogar in Frankreich, und das ist immer der Anfang vom Ende. – Also, er wollte sagen: Selbstverständlich weiß ich, daß die Sowjetunion eine solche militärische Macht ist, vor der wir auf der Hut sein müssen. Wir sind nicht pluriel [sic!], und deswegen müssen wir starke Armeen haben; deswegen das Bündnis, deswegen ist es gut, wenn amerikanische Truppen hier sind. Seine These ist, die einzige Bedrohung von seiten der Sowjetunion ist ihre militärische Stärke. Im Westen sieht er wirtschaftlich einen Einfluß und eine Durchdringung Europas von Amerika her, während die Russen versuchen, militärisch und auch politisch intakt zu sein. Er sagte: Bei denen sehe ich sogar umgekehrt eine Möglichkeit der Beeinflussung von Europa her, und zwar in ähnlicher Weise, wie sich die amerikanischen Firmen und Unternehmen in Europa beteiligen. Das ist eine recht interessante Konzeption.

Ich wiederhole, er sagte, das enthalte keine Feindschaft, sondern es handele sich um ein bewußtes Suchen nach Unabhängigkeit mit den üblichen Methoden. Ich fragte ihn, aber warum diese Sprache? Sie glauben gar nicht, wie Sie dem deutsch-französischen Verhältnis schaden, wenn sie von dem Skandal in Vietnam sprechen und immer wieder bitterböse Worte über Amerika gebrauchen. Seine Antwort lautete – ich sage das hier in

¹⁰ Für ihre in der Bundesrepublik stationierten Truppen verlangten die USA und Großbritannien Devisenausgleichszahlungen. Die Verhandlungen wurden am 27. und 28. April 1967 in London abgeschlossen. Vgl. AAPD 1967 Nr. 151; BULLETIN Nr. 47 vom 6. Mai 1967 S. 400f.

diesem Kreis, denn wir sind immerhin ein oberstes Gremium unserer Partei, aber behalten Sie es für sich: Ich muß diese Sprache sprechen aus innerfranzösischen Gründen. Es gibt in Frankreich eine pro-amerikanische Partei, die immer noch stark ist und versucht, Frankreich in ein Verhältnis zu führen, von dem ich glaube, daß es Frankreich die *Raison d'être*, die Existenzberechtigung, nimmt. Man kann eine atlantische Gemeinschaft machen. Das ließe sich vielleicht sogar bequem machen. Aber von dieser Existenzberechtigung kommt seine Auffassung über die Nation und über Europa.¹¹

Um dieser Partei willen, die er immer noch für gefährlich hält, müsse er diese kategorische Sprache führen. Ich habe ihm gesagt, er solle sich überlegen, wo das größere und wo das kleinere Übel liege. Wir seien in diesen Dingen in unserem Volk allmählich so gestört und irritiert, daß hier etwas geschehen müsse; denn ich könnte mich nicht vor das deutsche Volk stellen und sagen: Der General sagt das nur aus innerfranzösischen Gründen. Er war sehr beeindruckt von dem, was ich sagte. Ich erklärte weiter, ich hoffe, daß das Ergebnis dieser Unterhaltung so ist, daß Sie in Zukunft vielleicht doch eine etwas gemäßigtere Sprache sprechen werden.

Nun wieder zurück zum deutsch-amerikanischen Problem. In dem Gespräch mit Johnson kam zunächst nicht viel mehr heraus als das, was ich dem Präsidenten sagte; denn er gab die allgemein beschwichtigende Erklärung ab: Wir sind doch keine Kommunisten. Ihr mögt die Kommunisten nicht. – In diesem Gespräch wurde ganz klar, daß im Augenblick die amerikanische Situation so ist, daß im Verhältnis zwischen Amerika und der Sowjetunion ganz einfach die Amerikaner den Status quo wollen; ob sie es *expressis verbis* sagen oder mit Formeln umschreiben, sie wollen es.

Hier spricht de Gaulle eine andere Sprache. Es ist diesmal offener gesprochen worden als jemals zuvor.¹² Ich kenne doch auch die Niederschriften der Gespräche meiner Vorgänger mit ihm.¹³ Er gebraucht immer, wenn er auf das Deutschland-Problem zu sprechen kommt, die elegante französische Formel, er werde sich für die Wiedervereinigung einsetzen, und fügt hinzu: Aber Ihr dürft hinsichtlich der Bewaffnung und der Grenzen – *les frontières et les armes* – nicht zu ehrgeizig sein. Diesmal ging er weiter und hat das Problem der Oder-Neiße-Grenze *expressis verbis* angesprochen und gesagt: Herr Kanzler, täuschen Sie sich nicht; vor diese Entscheidung werden Sie eines Tages gestellt werden. Wenn Sie hier eine Entscheidung träfen, würde das einen gewaltigen Eindruck machen, insbesondere auf die Polen. Ich habe ihm geantwortet: Darf ich das reduzieren mit dem Hinweis auf Algerien? Sie, Herr General, haben die algerische Frage gelöst. Sie wissen, daß kein anderer als Sie selbst sie hätte lösen können. Algerien ist nicht eine Kolonie von Frankreich gewesen, sondern wurde als Teil Frankreichs be-

11 Vgl. Ingo KOLBOOM: Charles de Gaulle und ein deutsch-französisches Mißverständnis über Nation und Europa, in: LOTH/PICHT S. 135–150.

12 Vgl. AAPD 1967 Nr. 261, 263.

13 Zu den Gesprächen von Bundeskanzler Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle vgl. AAPD 1963 Nr. 37, 38, 43, 44, 216, 354, 356, 357. Zu den Gesprächen von Bundeskanzler Erhard mit de Gaulle vgl. AAPD 1963 Nr. 421, 423, AAPD 1964 Nr. 44, 49, 50, 180, 183, 187, 188; AAPD 1965 Nr. 22, 26, 242, 244, 246; AAPD 1966 Nr. 34, 36, 229, 230.

trachtet. Sie werden zugeben, daß die Zugehörigkeit Algeriens zu Frankreich nicht verglichen werden kann mit der Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete mit Deutschland. Sie setzen offenbar voraus, daß dann, wenn wir in dieser Frage eine Vorleistung erbringen, die Wiedervereinigung erleichtert würde. Das müssen Sie mir erst noch im einzelnen darstellen. Nach meiner Meinung würde eine solche Vorleistung – nehmen wir einmal den Fall, daß das „do ut des“ käme; eine Situation, die ich nicht so sehe – sogar eher zur Folge haben, daß man sagt: Das eine Ziel haben wir gesetzt und erreicht, nun werden wir auch das zweite setzen.

Er zeigte sich beeindruckt durch diese Art der Meditation und sagte: Ich verstehe Ihre Situation. Er gäbe das zu und sagte noch: Aber eines will ich Ihnen sagen. Sie erwähnten, ich hätte das mit Algerien durchgesetzt, und ein anderer hätte es nicht gekonnt. Nun, ich habe es durchgesetzt gegen eine starke Minorität, und wenn das französische Volk mit mir nicht einig gewesen wäre in dieser Frage, hätte ich es auch nicht wagen können. Ich habe ihm gesagt: Sie haben mir ein ausgezeichnetes Argument in dieser Frage geliefert.

Er hat mir zum Atomsperrvertrag gesagt: Ich rate Ihnen hier weder ab noch zu, aber für mich und Frankreich genügt das Wort, das Sie gegeben haben. Hinsichtlich der Wiedervereinigung hat er sich große Mühe gegeben und gesagt: Herr Kanzler, glauben Sie mir, keine Regierung der ganzen Welt kann Ihnen das sagen, was ich Ihnen sage. Ich sage Ihnen, die Wiedervereinigung liegt im Interesse Frankreichs. Und deshalb sind wir für die Wiedervereinigung. Dann hat er es entwickelt und erklärt: Ich kann dieses selbständige Europa, das ich will – nämlich keine Dominierung durch die Vereinigten Staaten –, nur erreichen mit einem wiedervereinigten Deutschland. Wenn ich mich für die atlantische Lösung entscheide, dann entscheide ich mich wie jeder andere, der sich für die atlantische Lösung entscheidet, gegen die Wiedervereinigung. Er hat diese Worte in der Schlußsitzung noch einmal ausdrücklich wiederholt. Er ist in dieser Formulierung, wieviel die französische Politik dazu beitragen kann, weitergegangen als je zuvor.

Nun zur Einschätzung der Sowjetunion! Ich sagte ihm: Wir haben den Eindruck, daß man in Frankreich die Sowjetunion nicht richtig einschätzt. Ich hatte den Eindruck aus dem Gespräch mit Pompidou, das vorausgegangen war. Pompidou, der aus Moskau gekommen war¹⁴, sagte: Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Russen durch ihre Größe und Schwerfälligkeit gehindert sind. Ihr seht sie als eine ganz genau planende, zielende und aggressive Macht. Das sind sie gar nicht. Natürlich müssen sie überall präsent sein in der Welt, wo die Amerikaner sind; übrigens auch umgekehrt. Die Sowjetunion hat schwere Fehler im Nahen Osten gemacht. Sie hat sich verspekuliert. Die Russen haben geglaubt, dort ließe sich so ein nettes Feuerchen entfachen, und die Israelis werden es ein bißchen belagern, und die Amerikaner werden sich engagieren. Dann ist es in Vietnam schwierig.

¹⁴ Pompidou hielt sich vom 3.–8. Juli 1967 zusammen mit Außenminister Couve de Murville in Moskau auf, vgl. AdG 1967 S. 13294 f.; AAPD 1967 Nr. 264 Anm. 12.

Ich hätte ihm gleich sagen können, was passieren würde, wenn es zu einer Auseinandersetzung käme. Ich habe ihn gefragt, mich interessiert Ihre Stellungnahme zum Nahost-Konflikt. Es stimmt nicht, was im Ausland mit dem Hochkommen der NPD bei uns gesagt und geschrieben worden ist. Nicht nur in der Presse, sondern auch in demoskopischen Umfragen hat sich gezeigt, daß eine energische moralische Option für Israel in unserem Volke vorhanden ist.¹⁵ Das ist eine positive Sache. Die Regierung hat eine Politik der Neutralität und der Nichteinmischung getrieben.

Er sagte, gut, aber in der französischen Presse liest man von dieser emotionalen Reaktion. Wie ist es wirklich gewesen? Vor einigen Monaten war Ben Gurion¹⁶ bei mir und sagte: Wir sind 2,5 Mio. Menschen; wir müssen 4 Mio. werden, und dafür brauchen wir mehr Raum, und den werden wir uns irgendwann holen. Die Araber sind Dummköpfe und machen viel Lärm. Diese Dummköpfe haben den Israelis die Chance geboten. Diese haben nur darauf gewartet. – Ich habe dem Herrn Eschkol¹⁷ gesagt, als er bei mir in Paris war, wir wollen nicht, daß es zu einem Konflikt kommt, der die Welt und Europa beunruhigt. Eschkol ist nach Bonn gegangen. Dort hat man ihm gesagt: Tut nicht den ersten Schlag. Aber man hat es ihm auf eine Weise gesagt, daß er nach Hause zurückgekehrt ist mit dem Gefühl, wenn ich ihn doch tue, wird man nicht allzu böse sein. Und er hat ihn getan. Und so kam es, wie es kommen mußte.

Die Araber wurden gejagt. Es sollte sich niemand einbilden, daß durch einen Beschluß der Vereinten Nationen die Israelis veranlaßt werden, wieder aus ihren Positionen zurückzugehen. Wir werden es mit einem jahrelangen Konflikt zu tun haben. 2,5 Mio. Israelis sind gut vertreten in der ganzen Welt, aber die 100 Mio. Araber! Man muß die Reaktion sehen. Ich sagte, selbstverständlich liegt uns sehr daran, wieder normale Beziehungen mit der arabischen Welt zu bekommen. Eine unglückliche Entwicklung hat uns auseinandergetrieben. Vielleicht könnte die französische Politik einiges Nützliche tun auch für uns.

Zum Eintritt Großbritanniens in die EWG sagte de Gaulle, wenn Großbritannien, so wie es heute ist, hineinkommt, dann ist es aus mit der Gemeinschaft. Es gibt etwas anderes, was man machen kann, aber Frankreich wird daran nicht teilnehmen. Ich sagte ihm: Wir verstehen einen guten Teil Ihrer Argumente, aber wir sehen uns einer europäischen öffentlichen Meinung gegenüber, die so stark ist, daß ich es für ausgeschlossen halte, dieser europäischen öffentlichen Meinung auf die Dauer zu widerstehen. Jedenfalls könnten wir uns hier nicht mit Frankreich zu einem Widerstandsblock verbinden. Das würde einfach unsere deutsche öffentliche Meinung nicht mitmachen. Wir können

15 Im Juni 1967 gaben 55% der Deutschen an, angesichts der Spannungen im Nahen Osten gefühlsmäßig auf der Seite der Israelis zu stehen, nur 6% votierten für die arabische Seite; von den CDU/CSU-Anhängern waren 62% für Israel, vgl. JAHRBUCH 1965–1967 S. 472 f.

16 David Ben Gurion (1886–1973), israelischer Politiker; 1930–1965 Vorsitzender der Mapai-Partei, 1955–1963 Ministerpräsident und Verteidigungsminister.

17 Levi Eschkol (1895–1969), israelischer Politiker (Mapai-Partei); 1951/52 Landwirtschafts-, 1952–1963 Finanzminister, 1963–1969 Ministerpräsident, 1963–1967 zugleich Verteidigungsminister.

deswegen nichts anderes machen, als daß Frankreichs Bedenken innerhalb der Sechs diskutiert und beraten werden, d. h. das Grundbedenken, was wird aus der Gemeinschaft, wenn Großbritannien und andere Länder hinzutreten, wird diskutiert. Und das ist im Gange. Das war ein Erfolg und eine Hilfeleistung für Frankreich.

Wir müssen jetzt abwarten, wie das weiterläuft. Natürlich kommt der Punkt, wo wir springen müssen. Und das kann eine ganz schwere Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses werden. Aber man soll geschichtliche Situationen nicht antizipieren. Es kommt häufig anders als man denkt. Eines ist sicher, es wird bei diesen Beratungen schwierig. Es werden Probleme von einer solchen Größe auftauchen, daß über die sachlichen Schwierigkeiten wahrscheinlich sehr lange Gespräche unter den Sechs und anderen nötig sein werden. Deswegen muß man der Prozedur, die eingeleitet ist, ihren Lauf lassen. Andererseits ist es sicher so, daß dieser Widerstand Frankreichs gegen den Beitritt Großbritanniens sich keineswegs nur auf die Gaullisten beschränkt, sondern er ist auch weit verbreitet außerhalb der gaullistischen Bewegung.

Ich hatte insgesamt den Eindruck eines gesunden und energischen Mannes erhalten, im Gegensatz zu Berichten, die ich in der letzten Zeit aus Paris immer wieder bekommen habe. Er war absolut da, außerordentlich schlagfertig und frisch, gelassen und sicher in seiner Art. Also, die Meldungen, daß er ein alter, müder Mann geworden sei, konnte ich nicht bestätigt finden. (*Schröder*: Er war sehr schlagfertig!) Wir haben – das war das einzige, was wir tun konnten – noch einmal bekräftigt, daß wir diese Ostpolitik gemeinsam machen wollen. Wir hoffen, daß uns Frankreich bei dem Versuch, die Verhältnisse zu normalisieren, unterstützen wird. Er hat begriffen, daß in der Frage der Grenzen nicht etwa ein Sonderweg gegangen werden kann. Ich habe ihm gesagt, Sie können für Ihren Besuch nach Polen¹⁸ das mitnehmen, was ich in meiner Regierungserklärung gesagt habe. Das ist nicht nur eine schöne Formel, sondern da steckt auch Substanz drin, und zwar das, was überhaupt ein verantwortungsvoller deutscher Staatsmann jetzt sagen kann. Es darf nicht so bleiben, wie es jetzt ist.

Wir haben eine ganze Reihe von Verbesserungen der Zusammenarbeit – ich kann darauf verzichten, im einzelnen davon zu sprechen – vorgenommen. Wir haben das getan, was im Vertrag enthalten ist, nämlich eine koordinierende Stelle geschaffen. Im Vertrag ist sie einem hohen Beamten des Auswärtigen Amts zugedacht, aber es ist nie gemacht worden.¹⁹ Nun ist alles ein bißchen auf eine breitere Ebene verlagert worden, wobei man sagen muß, daß die Zusammenarbeit auf den einzelnen Sektoren in der Zwischenzeit sehr gut war, vor allen Dingen zwischen den Ministerien. Wir haben den Ver-

18 De Gaulle hielt sich vom 6.–12. September 1967 in Polen auf, vgl. AAPD 1967 Nr. 319.

19 Abschnitt I Absatz 4 des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963: „In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der Zusammenarbeit zu verfolgen. In dieser Kommission, der Vertreter aller beteiligten Ministerien angehören, führt ein hoher Beamter des Außenministeriums den Vorsitz. Ihre Aufgabe besteht darin, das Vorgehen der beteiligten Ministerien zu koordinieren.“ Vgl. BGBI 1963 II S. 707 f. (Auszug). Vgl. auch AAPD 1963 Nr. 261 Anm. 16; AAPD 1967 S. 1061 f., 1064.

trag de facto erweitert, indem wir den Wirtschaftsminister Schiller und den Finanzminister Strauß hinzugezogen haben, während Debré²⁰ drüben beide Aufgaben hat.

Es haben sich auch die Verteidigungsminister offenbar – das habe ich in der Unterhaltung mit Messmer entnommen – gut verstanden. Auch Herr Wischnewski²¹ hat hervorragend mitgemacht und ein schönes 14-Punkte-Programm ausgearbeitet mit den Franzosen. Er hat dabei sehr stark die Initiative ergriffen. Auch Herr Brandt hat loyal und intensiv mitgearbeitet. Wir haben also eine Verbesserung der Zusammenarbeit erreicht, und zwar nicht nur durch die zentrale Institution, sondern auch durch den wissenschaftlich-technischen Ausschuß, der in den Gesprächen etwas verrutscht ist. Meine Absicht war es, ihn ganz bei Herrn Stoltenberg anzuhängen. Die inneren Ressortschwierigkeiten sind überwunden, und die Ressorts waren einverstanden, daß das alles bei ihm jetzt bleibt. Es ist besser, man macht einen Ausschuß, an dem ein Minister oder ein Staatssekretär teilnimmt, im übrigen Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, der also die industrielle Zusammenarbeit herstellt, und zwar getrennt von der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit. Dann erfolgt auf militärischem Gebiet eine Vorberereitung. (*Schröder*: Eine strategische Analyse für die 70er Jahre.) Ja! Das ist ein Schritt nach vorn.

Ich glaube also, daß dieses Treffen – auch wenn es im übrigen keine spektakulären Ergebnisse bringen konnte, sondern im Gegenteil Gefahr lief, daß wir uns sehr auseinandermanövrierten – ein Erfolg war. Das hat auch er so empfunden; denn er ist wahrscheinlich mit demselben sorgenvollen Gefühl nach Bonn gekommen. Nun wird es darauf ankommen, in den kommenden Monaten Aufklärung zu schaffen. Es ist doch so – wenn man in die Presse schaut, wird das deutlich –, daß man in Deutschland nicht so recht weiß, wie nun das Verhältnis zu Frankreich, zu den USA und zu Großbritannien ist.

Was Europa selber anlangt – da ist gar kein Zweifel –, so will er eine politische europäische Union, wobei er eine supranationale Lösung ablehnt. Er sagt nicht: Großbritannien soll ewig draußen bleiben, aber ich muß das Gefühl haben, daß die Engländer wirklich fähig sind, an diesem Europa mitzuarbeiten. Er will die supranationale Lösung nicht und sagt, wenn England und die anderen dazukommen, ist die ganze Sache verwässert.

20 Michel Debré (1912–1996), französischer Politiker (RPF); 1958/59 Justizminister, 1959–1962 Ministerpräsident, 1966–1968 Wirtschafts- und Finanzminister, 1969–1973 Verteidigungsminister.

21 Hans-Jürgen Wischnewski (1922–2005), Metallarbeiter; 1959–1961 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1961–1965 MdEP (SPD), 1966–1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1972 SPD-Bundesgeschäftsführer, 1974 Parlamentarischer Staatssekretär, 1974–1976 Staatsminister im Auswärtigen Amt, 1976–1979 und 1982 Staatsminister im Bundeskanzleramt, 1979–1982 stv. Parteivorsitzender der SPD. Vgl. KEMPFF/MERZ S. 755–758. – Im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationsgespräche am 12./13. Juli 1967 wurde auch über ein 14-Punkte-Programm für die Kooperation auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe beraten, vgl. FAZ vom 13. Juli 1967 „Kiesinger erstrebt Einigung mit de Gaulle über EWG-Gipfeltreffen“.

In Rom gab es diesen kleinen Erfolg, für den ich mich eingesetzt habe. Ich schlug vor, die Regierungschefs sollten einen Anfang machen und sich regelmäßig treffen. Ich stieß dabei auf den heftigen Widerstand von Luns²², der seinen Ministerpräsidenten²³ vorschickte, aber er selbst war der Spiritus rector. Schließlich sagte ich, wenn wir uns nicht einigen können, wollen wir beschließen, daß wir uns in diesem Jahr noch einmal treffen. Darauf gab es wieder eine wilde Diskussion. Die Holländer wollten nicht. Moro hat es als Vorsitzender sehr geschickt gemacht. Die Diskussion ging weiter. Schließlich bat der belgische Ministerpräsident²⁴ um eine Unterbrechung der Sitzung. Die beiden anderen Benelux-Vertreter haben dann den Luns ins Gebet genommen, und schließlich kam dann dieser magere Erfolg heraus, daß sich die Regierungschefs in diesem Jahr noch einmal treffen wollen.

Das sind also keine guten Aussichten auf eine politische Zusammenarbeit. Ich habe meinen Kollegen im Blick auf die Nahost-Krise gesagt: Es ist eine Schande, wie wir Europäer dastehen. Wenn wir nicht endlich eine Solidarität zu entwickeln versuchen, dann ist es aus mit Europa. Aber Sie können dem Luns sagen, was Sie wollen. Er ist festgefahren und hat persönliche Ressentiments. Doch er mußte nachgeben. Es ist mir jetzt gesagt worden, daß die Holländer trotzdem versuchen wollen, dieses Treffen zu verhindern, und zwar sagte es der luxemburgische Außenminister.

Ich habe dem General vorgeschlagen, daß wir es trotzdem versuchen sollten. Er sagte, das müssen Sie machen, ich kann es nicht machen. Ich werde mit den Italienern sprechen und dann den Luxemburgern vorschlagen, vielleicht nach Paris zu gehen. In Rom geht es nicht, ganz bestimmt aber nicht in Den Haag, höchstens in Straßburg. Wir wollen sehen, ob die Sache zustande kommt.²⁵ Kommt sie zustande, dann werde ich allerdings einen sehr ernsten Vorstoß in der Richtung zu machen versuchen. Die Holländer beurteilen diese Sache sehr konsequent, natürlich auch mit einer gewissen Logik: Solange nämlich die Engländer nicht dabei sind, sprechen wir nicht über geplante politische Zusammenarbeit unter den europäischen Staaten, oder aber – wie beim Scheitern des Fouchet-Planes²⁶ –, wenn die Engländer nicht dabei sind, dann müssen sie eben auf dem Gebiet der politischen Zusammenarbeit hinzugezogen werden. Jeder weiß, daß de Gaulle das nicht akzeptiert. Er sagt, diejenigen sollen es tun, die drin sind. Sobald ein neuer hinzukommt, nimmt er an diesem Gespräch nicht teil.

In Italien habe ich einen guten Eindruck bekommen. Die gegenwärtige Regierung mit Saragat, Moro und Fanfani ist europäischer als manche andere Regierung. Man hat

22 Joseph Luns (1911–2002), niederländischer Politiker (Katholische Volkspartei); 1956–1971 Außenminister, 1971–1984 Generalsekretär der NATO.

23 Piet Josef Sietse de Jong (geb. 1915), niederländischer Politiker (Katholische Volkspartei); 1959–1963 Verteidigungsminister, 1967–1971 Ministerpräsident.

24 Paul Vanden Boeynants (1919–2001), belgischer Politiker (Christlich-soziale Partei/PSC); 1961–1968 Parteivorsitzender, 1966–1968 und 1978/79 Ministerpräsident, 1972–1979 Verteidigungsminister.

25 Zu einem Treffen der Staats- und Regierungschefs kam es 1967 nicht, vgl. AAPD 1967 Nr. 327, S. 1321, 1401.

26 Vgl. Nr. 2 Anm. 45.

dort auch die Wirtschaftskrise überwunden. Italien ist in einem deutlichen Aufschwung begriffen. Die Leute haben wieder Selbstvertrauen. Ich finde, man muß in Zukunft Italien etwas pfleglicher behandeln in unserer Politik, als wir es vielleicht in der Vergangenheit getan haben, d. h. es soll nicht nur eine sporadische, sondern eine dauernde und kontinuierliche Zusammenarbeit sein. Das erleichtert manches andere.

Nun zu Moskau! Dort gibt es keinerlei Zugänglichkeit. Man hat von französischer Seite wie auch von amerikanischer Seite in Glassboro²⁷ gesagt: Ihr dürft die Deutschen nicht so schlecht behandeln. Was ist eigentlich los? Die machen doch eine ganz vernünftige Politik usw. Aber dann wurde sofort der Vorhang heruntergezogen. Das war auch bei Pompidou so, als er in Moskau war. Aber er sagte: Ich habe trotzdem den Eindruck, daß es den Russen nicht ganz wohl ist in ihrer Haut. Sie wissen mit dem neuen Phänomen nichts Rechtes anzufangen. Sie sind nicht sicher, ob sie richtig reagieren. Also gibt es dort eine Unsicherheit. De Gaulle habe gesagt, bei einer Nahost-Krise setzen sich die Russen im Mittelmeer fest. Es ist ein Problem, von dem sie nicht viel sprechen. Aber dies sei der Grund, warum auf die Dauer die Russen an einem Arrangement in Europa interessiert sein müßten und damit auch an einer erträglichen Lösung der deutschen Frage.

Auf die Frage, können wir den Frieden erhalten, kommt eine Einigung Europas zustande, fand de Gaulle zwei nette Formulierungen. Die eine war die, als er von den beiden Männern sprach, die auszogen, um einen Schatz zu suchen, ihn aber nicht fanden. Doch durch die lange gemeinsame Wanderung fanden sie einen kostbareren Schatz, nämlich die Freundschaft. Und die zweite Formulierung: Es gibt etwas, was uns trotz aller Hindernisse und Meinungsverschiedenheiten binden sollte; solange wir zwei zusammenbleiben, kann etwas ganz Schlimmes nicht passieren. Aber wenn wir auseinandergehen, dann ist es der Anfang einer schlimmen Geschichte. Das ist eine ganz realistische Formulierung. Die habe ich auch akzeptiert. Soviel zur Außenpolitik!

Nun zur Innenpolitik! Es ist kein Zweifel, daß die Mittelfristige Finanzplanung²⁸ in der Presse – nicht in der Öffentlichkeit – schlecht angekommen ist, d. h., daß sie überwiegend schlecht behandelt worden ist. Wir wissen aus Umfragen, daß zwei Drittel, wenn nicht drei Viertel der deutschen Bevölkerung der Mittelfristigen Finanzplanung zustimmt, daß sie Vertrauen dazu hat, daß es in Ordnung gehen könnte, wobei einzelne auch wiederum fragen, ob die Maßnahmen reichen.

Ich habe mich in meiner Fernsehansprache, bei der ich versucht habe, in möglichst volkstümlicher Form die Dinge darzustellen – es ist interessant, das Echo zu lesen –,

27 Vgl. Anm. 5.

28 Die Mittelfristige Finanzplanung sollte u. a. dazu beitragen, die Vereinbarkeit der gegensätzlichen Ziele von wirtschaftlichem Wachstum und ausgeglichenem Haushalt für mehrere Jahre zu sichern, vgl. „Gesetz zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes (2. Steueränderungsgesetz)“ vom 21. Dezember 1967, BGBl 1967 II S. 1254. Vgl. auch Reinhard SCHMOECKEL: Der Kampf um die Mittelfristige Finanzplanung 1967. Unveröffentlichtes Manuskript in ACDP 01–226–307 („Von der Rezession zur Hochkonjunktur“, Ms. 34 S.).

unmittelbar an das Volk gewandt.²⁹ Es ist gut angekommen. Ich habe keine Zweifel daran, daß die Bevölkerung mitgeht.

Diejenigen aber, die jetzt stören, sind die Publizisten. Warum, das ist die große Frage. Wie verworren und wie utopisch der Geisteszustand mancher dieser Leute ist, ist mir heute in einem gutgemeinten Artikel in der „Welt“ klar geworden: „Woche der Unsicherheit“.³⁰ Es heißt darin: Kiesinger hat gut gesprochen, aber er hat eigentlich nichts Neues gesagt – verglichen mit seiner Erklärung vor der Presse in Bonn eine Woche vorher. Das war kein mitreißender Kanzler, der das Gefühl vermittelte, er werde über große Schwierigkeiten hinweg aus der „Talsole“ zu neuen politischen und wirtschaftlichen Höhen führen.

Na ja, ich frage, wer erwartet denn, daß angesichts einer solchen Situation der Kanzler anders hätte sprechen können, als er gesprochen hat, nämlich nüchtern, entschieden und realistisch. Ich habe gesagt, ich habe es nicht anders erwartet. Und wer meldet sich zu Wort? Selbstverständlich die Vertreter der Interessengruppen, die Repräsentanten verschiedener gesellschaftspolitischer Leitvorstellungen, selbstverständlich die sich befehdenden wirtschaftlichen „Sekten“, selbstverständlich die Gegner der Großen Koalition.

Ich will gar nicht auf den Gruppen- und Einzelegoismus abheben, sondern es steckt in jeder Äußerung ein berechtigter Kern. Es ging aber nicht anders. Die Regierung mußte in diesem Zusammenhang versuchen, über die kleinen Gruppen der Anwalt des ganzen Volkes zu sein. So versteht es unser Volk. Ich bin völlig gelassen. So wird es unser Volk im Laufe der kommenden Wochen, wenn ihm das richtig gezeigt wird, wahrscheinlich verstehen.

Es ist in der Presse ein merkwürdiger Umschwung zu sehen. Plötzlich merken sie selber, was sie angerichtet haben. Diese Mittelfristige Finanzplanung war mühselig erkämpft. Das Volk war bereit dazu, ganz andere Opfer auf sich zu nehmen. Aber was das Volk mitgemacht hätte oder mitmacht, ist gar nicht die Frage, die Frage ist, was sich politisch in unserer eigenen Fraktion und in dieser Großen Koalition durchsetzen ließ oder nicht. Wäre es nur um unsere eigene Fraktion gegangen, ich hätte alle Register gezogen, um das durchzusetzen, was ich in meiner bescheidenen Entschlossenheit für notwendig hielt.

Wer die Verhandlungen mitgemacht hat, weiß ganz genau, daß ein anderes Ergebnis als das, was wir erzielt haben – als Optimum von uns aus gesehen – gar nicht zu erzielen war. Sie wissen doch, wie es war. Sie müssen die Situation der SPD bedenken. Die beginnen doch langsam hysterisch zu werden angesichts der Entwicklung, die eben gewaltig zugunsten der CDU und gegen die SPD lief und läuft.³¹ Es wäre auch, wenn es

²⁹ Fernsehansprache Kiesingers am 14. Juli 1967, vgl. BULLETIN Nr. 76 vom 18. Juli 1967 S. 649f.

³⁰ „Welt“ vom 17. Juli 1967.

³¹ In den Umfragen bezüglich der Amtsführung erhielt Kiesinger im Mai 1967 die besseren Umfragewerte vor Brandt, vgl. JAHRBUCH 1965–1967 S. 210–213.

umgekehrt gegangen wäre – seien wir ehrlich –, der CDU ebenfalls ungemein schwer gefallen.

Ich möchte keine Parteivorstandssitzung erlebt haben, bei der wir in der Lage der SPD von heute gewesen wären. Wir mußten Zugeständnisse machen, Sie haben Kenntnis von der Planung des Finanzkabinetts, die ich im einzelnen keineswegs akzeptiert hatte. Es wäre nur eine Mehrwertsteuererhöhung gekommen und keine sonstigen Steuererhöhungen. Wir hätten die soziale Frage auf die Weise gelöst, wie es vorgeschlagen worden war. Da war schon als Kern der Gedanke der 4%igen Beteiligung der Sozialrentner an der Krankenversicherung. Katzer hat einen Gegenvorschlag gemacht.³² Er war ehrlich bemüht, in dieser Situation zu helfen. Und er hat auch geholfen. Ich muß das ausdrücklich sagen. Ob sein Vorschlag endgültig besser ist als der, auf den wir erst gekommen sind, das wage ich nicht zu beurteilen. Es wird sich noch zeigen. Das ist eine Frage, über die sehr hart gekämpft werden mußte.

Die SPD sagte: Du hast in der Regierungserklärung gesagt, alle Volksschichten müssen beteiligt werden. Wo werden denn die anderen beteiligt? Da ist die Mehrwertsteuer.³³ Das wird zu einem erheblichen Teil abgewälzt auf die Verbraucher, und das trifft den kleinen Mann sehr viel schwerer als den wohlhabenden. Es muß also da etwas geschehen. Das lief dann auf diese Ergänzungsabgabe³⁴ hinaus. Das war der einzige Weg. Erst war es die Erhöhung der Progression der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Der einzige Weg, der sich anbot, war also diese 3%ige Steuer, die Berücksichtigung beim Kindergeld bis 24.000 DM Nettoeinkommen³⁵ – hoffentlich ist es so, daß „netto“ gemeint war ... (*Heck*: Es war nie von etwas anderem die Rede!) und 32.000 DM bei Verheirateten. Natürlich weiß ich, daß es Leute gibt – und leider gehört ein großer Teil der deutschen Publizisten und Journalisten dazu, das darf man nicht vergessen –, die mehrfach betroffen werden. Die müssen die Ergänzungsabgabe bezahlen, das Kindergeld wird gestrichen, und sie müssen in die Versicherung. Manche sind also dreifach betroffen, was natürlich viel Ärger gibt. Aus einem Kommentar von Herrn Linde-

32 In ihrer Vorlage für eine Mittelfristige Finanzplanung hatte die Bundesregierung vorgesehen, die Rentner künftig mit 4% ihrer Bezüge an der Krankenversicherung zu beteiligen. Dies stieß auf Widerstand bei der SPD, so daß das Bundesarbeitsministerium die Zahl „vier“ bei den Beratungen über den Gesetzentwurf vorerst strich, vgl. „Welt“ vom 1. August 1967.

33 In der Finanzplanung des Bundes, beschlossen am 6. Juli 1967, war vorgesehen, die Mehrwertsteuer ab 1. Januar 1968 von 10% auf 10,5% zu erhöhen, vgl. BULLETIN Nr. 73 vom 8. Juli 1967 S. 626. In einer Beratung des Bundeskabinetts am 14. Juli 1967 wurde beschlossen, die Mehrwertsteuer vom 1. Juli 1968 an um 11% zu erhöhen, vgl. FAZ vom 15. Juli 1967 „Sondersitzung über die Finanzvorschläge im September“.

34 Die Ergänzungsabgabe wurde erstmals ab dem 1. Januar 1968 erhoben und zwar in Höhe von 3% der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer. Das „Gesetz zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, I. Teil 2. Steueränderungsgesetz 1967“ trat am 21. Dezember 1967 in Kraft, vgl. BGBl 1967 I S. 1254–1258.

35 Zu den geplanten Einsparungen beim Kindergeld vgl. BULLETIN Nr. 75 vom 13. Juli 1967 S. 648.

mann³⁶ war das deutlich zu hören, aber du lieber Himmel, bei den Sozialrentnern konnten wir es verantworten, weil sie ab 1. Januar 1% Erhöhung bekommen. Sie bekommen immer noch 4,1%, wenn diese 4% abgezogen werden. Ich will in die Einzelheiten nicht näher eingehen.

Natürlich wußten wir, wenn es nur um konjunkturpolitische Zielsetzungen gegangen wäre, hätten wir keine neuen Steuern einzuführen brauchen, sondern Steuersenkungen vornehmen müssen. Man konnte den italienischen Weg gehen. Die Italiener haben tatsächlich Steuersenkungen in Höhe von 2 Mrd. durchgeführt. Sie haben den Arbeitgeberanteil an die Sozialversicherung auf die Staatskasse übernommen. Das ist das Programm des deficit spending. Wenn also zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe; denn die Bundesbank hätte das nicht machen können. Wir sind mit ihr einig, daß wir in den kommenden Jahren ohne fortlaufende Kreditaufnahme nicht auskommen.

Dazu ein Wort! Wir müssen endlich unsere Wähler daran gewöhnen, daß sie vor dem Wort „Kredit“ nicht sofort zurückzucken. Sie wissen, daß wir einer der am geringsten verschuldeten Staaten in der Welt sind. Ich hatte zum erstenmal einen Zusammenstoß mit McCloy deswegen.³⁷ Das Finanzkabinett ist der Auffassung, daß in einem konjunkturnormalen Jahr der Plafond der Kreditaufnahme 3 Mrd. DM netto betragen kann. In diesem Raum sei es notwendig, in den kommenden Jahren Kredite aufzunehmen. Die Bundesbank hat sich bereit erklärt – ich habe mit den einzelnen Herren darüber gesprochen –, das Kreditvolumen zu bewilligen, das wir für das noch nicht normale Jahr 1968 vorgesehen haben. Wenn allerdings CDU-Leute unsere eigene Arbeit diskreditieren und von Schuldenwirtschaft usw. sprechen, dann ist das eine außerordentlich bedenkliche Sache. Ich hatte vorher mit Berg³⁸, mit Abs³⁹ und anderen Leuten gesprochen. Ich bin nicht in diese Entscheidung des Kabinetts gegangen, ohne zu wissen, was diese Leute denken. Auch Franz Josef Strauß hat sich umgeben mit einem Kreis von Beratern.

Müller-Armack mit seinem Artikel in der „Zeit“ – so sagte man mir – sehe die Lage einfach falsch.⁴⁰ Er male zu schwarz. Im übrigen wissen Sie auch, wie die Meinungen in der Fraktion durcheinandergehen. Die einen beschworen mich: größere Veränderungen bei der Mehrwertsteuer. Die anderen sagten: Das ist ja fürchterlich. Die Partei war

36 Dr. Helmut Lindemann (1912–1998), freier Journalist und Publizist. Vgl. Klaus BERGMANN (Hg.): Helmut Lindemann. Die Arbeit des Publizisten. Essays, Kommentare und Erinnerungen von 1948–1995. Bonn 2001.

37 In einer Rede vor dem „Verein der Union-Presse“ am 27. Februar 1967 hatte Kiesinger über das gestörte deutsch-amerikanische Verhältnis geklagt (vgl. OBERNDÖRFER S. 36–38). Daraufhin schickte die US-Regierung Sonderbotschafter McCloy zu Kiesinger. In der Unterredung am 4. März 1967 in Stuttgart ging es um die Frage des Devisenausgleichs wie um den Atomwaffensperrvertrag (AAPD 1967 Nr. 87; HILDEBRAND S. 312–314).

38 Fritz Berg (1901–1979), Unternehmer; 1949–1971 Präsident des BDI.

39 Hermann Josef Abs (1901–1994), Bankier; 1957–1967 Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Vgl. Lothar GALL: Der Bankier – Hermann Josef Abs. Eine Biographie. München 2004.

40 Prof. Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), Hochschullehrer; 1934 Professor für Nationalökonomie und Kulturosoziologie in Münster, 1950 für Wirtschaftliche Staatswissenschaften in

sich nicht einig. Man weiß, warum. Die einen sagen, Verlängerung der Restriktionspolitik, die anderen sagen, darin sehen wir eine große Gefahr.

Hier muß die Regierung gelassen handeln nach bestem Wissen und Gewissen. Zu den Maßnahmen der Mehrwertsteuer gibt es eine Reihe von technischen Dingen zu erledigen, zu denen die Ausführungsbestimmungen gehören, auf die die Wirtschaft wartet, um sichergehen zu können.

Dann kam aus der CDU-Fraktion die Mahnung, macht es nicht so, sondern geht am 1. Juni 1968 gleich auf 11%. Wenn die Regierung ihre Stellungnahme ändert, so ist das schlecht. Es ist eine Aufregung da, die sich legen wird, wenn wir bei unserem Entschluß bleiben. Wir haben mit den Fraktionsvorsitzenden einen Fahrplan vereinbart, wie die Dinge ablaufen sollen. Dazu kann vielleicht Herr Barzel etwas sagen. Ich habe keine Sorgen hinsichtlich unserer eigenen Fraktion. Da gibt es zwar immer noch die eine oder andere Diskussion, aber ich habe das Vertrauen, daß alle begreifen, um was es geht. Ich habe den Eindruck, daß die führenden Leute der SPD mitgehen.

Helmut Schmidt redet zwar in der Öffentlichkeit ein sehr kräftiges Wort, aber der Eindruck, den er da vermittelt, ist doch der, daß es geht, wenn man praktisch zusammenarbeitet, und daß die Sache hält. Er hat zwar klipp und klar in der „Bild“⁴¹ gesagt, wir machen diese Geschichte mit den Rentnern nicht mit, genau wie Alex Möller⁴² bei der ersten Verhandlung gesagt hat: Mehrwertsteuer nur über meine Leiche. Bei der letzten Besprechung klang es aber ganz anders. Dort saß Herr Schellenberg und hat geheimnisvoll getan und gesagt, es gibt andere Möglichkeiten. Dann wurde ausgemacht, die Sozialpolitiker setzen sich zusammen. Die SPD sagte, es bleibt bei dem Volumen von 1,2 Mrd. Ich erklärte, das beruhigt mich noch nicht; es muß auch programmatisch vertretbar sein.

Nun, daß nicht alles drin war in der Großen Koalition, was uns vorschwebte, ist doch bei der jetzigen Situation selbstverständlich. Es wurde dann gefragt, hättet ihr nicht härter sein sollen bei den Kriegsofferrenten? Viel wäre nicht herausgekommen. Die Kriegsgefangenen drohen heute einen Marsch auf Bonn an. Die SBZ-Flüchtlinge sind nicht berücksichtigt. Herr von Hassel hat einen Plan, über den wir noch sprechen wer-

Köln, 1952–1958 Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik sowie der Grundsatzabteilung im Bundeswirtschaftsministerium. Vgl. LEXIKON S. 334f. – Der Artikel erschien am 14. Juli 1967 unter dem Titel „Steht uns die Krise erst bevor?“. Vgl. auch „Handelsblatt“ vom 14./15. Juli 1967 „Die Konjunktur braucht starke Sprüche“.

41 Interview Helmut Schmidts mit der „Bild-Zeitung“ vom 12. Juli 1967 „Zwölf Minister würden reichen“.

42 Alex Möller (1903–1985), Redakteur; 1928–1933 MdL Preußen (SPD), 1949–1952 MdL Württemberg-Baden, 1952–1961 MdL Baden-Württemberg, 1958–1973 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1961–1976 MdB, 1962–1966 Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg, 1969–1971 Bundesminister der Finanzen.

den. Er will außerhalb des Haushalts im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich eine Prolongierung.⁴³ Ich halte das für bedenklich.

Der Verteidigungshaushalt ist die kritischste Sache für uns. Wir konnten nicht am Verteidigungshaushalt vorbeigehen. Jeder Ressortminister hat natürlich für seinen Haushalt wie ein Berserker gekämpft. Im Familienministerium waren für eine halbe Mrd. Streichungen vorgesehen; jetzt sind es noch 135 Mio. (*Heck*: Noch weniger!) Also, jeder hat für seinen Haushalt gekämpft. Immerhin muß er seine Gesetzesvorlage im Januar machen. Die Ausbildungsbeihilfe fällt. (*Heck*: 170 Mio.!) Sie sind ganz gut weggekommen! (*Unruhe und Bewegung*.) Bei dem Verteidigungshaushalt ist ein großes Unglück passiert; denn es ist in der Öffentlichkeit die Meinung des Verteidigungsministers aufgekommen, diese Maßnahmen zwingen zu einer Verminderung des Personals, und zwar des Truppenbestands um 60.000 Mann. Es ist das gute Recht des Verteidigungsministers, wenn so etwas kommt, sich die Dinge zu überlegen und zu sagen, so und so wird es dann sein. Nun habe ich aber meine Meinung dazu nicht aus der Zeitung gezogen, sondern mich beraten lassen. Wir werden die Dinge miteinander aushandeln. Ich bedaure, daß der Finanzminister über das Wochenende nicht da ist.

Ich habe sofort – damit klar wird, wie die Dinge liegen – folgendes gemacht. Diese Auffassung, die Maßnahmen der Regierung müßten zu einer Verminderung um 60.000 Mann führen, ist vom Verteidigungsministerium über das Auswärtige Amt in einem Telegramm hinausgegangen.⁴⁴ Ich konnte es nicht mehr rechtzeitig genug erfahren. Das Haus hätte mir unbedingt dieses vortragen müssen! Aber das hat es nicht getan.

Ich habe sofort den Botschafter in Washington⁴⁵ angerufen, der glücklicherweise die Sache noch nicht weitergegeben hatte, und ihm gesagt, er solle dem Präsidenten mitteilen, das sei keineswegs eine beschlossene Sache. Wir würden uns Mühe geben, die Schlagkraft der Bundeswehr nicht zu vermindern, und schon gar nicht hätten wir irgendeine revolutionierende, die NATO schwächende Maßnahme vor. Ich habe am selben Tag dem Präsidenten ein Telegramm geschickt. Wir haben übrigens die ganze Zeit Telegramme gewechselt. Ich habe in meiner Fernsehansprache behutsam erklärt, man muß berücksichtigen die Summe, die der Bundeswehr zur Verfügung steht; sie wird im Jahre 1968 um 1,5% höher sein als im Jahre 1967, im Jahre 1969 wird sie um 7,5% höher sein als im Vorjahr, im Jahr 1970 wird sie um 6% höher sein. So muß ich es auch dem Ausland sagen.

Natürlich ist es anders, wenn man sagt: Die Bundeswehr war dabei, sich zu modernisieren. Dafür mußte man viel Geld haben, aber wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht

43 Von Hassel setzte sich für die volle Gleichstellung der SBZ-Flüchtlinge mit den übrigen Gruppen von vertriebenen und einheimischen Kriegsgeschädigten ein, vgl. „Die Welt“ vom 3. Juli 1965 „Hassel fordert volle Gleichstellung“. – Der Verband der Heimkehrer hatte auf einer außerordentlichen Tagung in Bad Godesberg einen Schweigemarsch von Friedland nach Bonn beschlossen, aus Protest gegen die Streichung der Gelder für eine endgültige Regelung der Kriegsgefangenenentschädigung. Vgl. FAZ vom 17. Juli 1967.

44 Vgl. OPPELLAND S. 690f.; Karl CARSTENS: Erinnerungen und Erfahrungen. Boppard 1993 S. 337; GUTTENBERG S. 136.

45 Karl Heinrich Knappstein.

verloren. Das Entscheidende ist doch, daß im Ausland zwei Eindrücke vermieden werden: 1. daß eine beträchtliche Schwächung der Verteidigungskraft der Bundeswehr entsteht und 2. daß das im Zusammenhang mit einer neuen Politik gegenüber dem Osten stehen könnte. Hierzu hat es nicht nur Meldungen in der Presse gegeben, sondern leider Gottes auch eine Äußerung von Herrn Brandt, die aber falsch wiedergegeben worden ist. Davon habe ich mich überzeugt.

In einer Zeitung stand, Brandt habe gesagt, das sei eine Vorwegnahme einer künftigen Entspannungspolitik.⁴⁶ Herr Brandt hat mir aber nachgewiesen, daß er genau das Gegenteil gesagt hat, nämlich das sei keine Vorwegnahme einer künftigen Entspannungspolitik. Das ergab sich auch aus dem weiteren Zusammenhang und aus den Sachfragen. Ich hatte vorgestern eine sehr harte Auseinandersetzung mit Herrn Brandt, vorher hatte ich eine mit Herrn Wehner, der jetzt krank und furchtbar labil ist durch das, was er in seiner Partei auszuhalten hat. Wehner schrieb mir einen Brief, als das Magdeburger Unglück passierte, worin er mir als gesamtdeutscher Minister nahelegte, Herrn Stoph ein Beileidstelegramm zu schicken. Ich sagte ihm, kapierten Sie denn nicht, wie plump anbiedernd und gesucht so etwas wirken würde? Nun, Herr Mende hat es getan, er hat aber erleben müssen, daß man nur einen Teil drüben aus diesem Telegramm veröffentlicht hat, den anderen Teil nicht.⁴⁷ Also, so etwas schafft jedesmal Ärger.

Nun hatte ich Grund, mit Herrn Brandt zu sprechen, der sich sonst absolut – ich muß es sagen – loyal verhält. Aber er hat verschiedene Berater, u. a. Egon Bahr. Und hier kommen immer wieder Äußerungen wie: europäische Friedensordnung, europäisches Sicherheitssystem, Denkmodell usw. Ich habe gesagt, so können Sie nicht auftreten. Das ist ein derart heikles Thema, daß Sie unter allen Umständen den Mund halten müssen, solange wir nicht darüber gesprochen haben, so wie ich es auch mit Herrn Wehner ausgemacht habe, der sich bis jetzt daran hält. Er hat zu dem gesamtdeutschen Problem nur noch das gesagt, was vereinbart ist.

Zu diesem Zweck müssen wir ein umfangreiches Papier machen, bei dem wir uns auch terminologisch abstimmen und abklären. Das liegt in der Natur der Koalition. Das

46 Am 2. Juli 1967 erläuterte Bundesminister Brandt im Deutschlandfunk: „Erstens sind wir im Verhältnis zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten für Gewaltverzichtserklärungen. [...] Zweitens sind wir für den Verzicht auf Atomwaffen. Drittens sind wir für einen ausgewogenen gleichwertigen Abbau des Truppenniveaus in Ost und West.“ Weiterhin erklärte Brandt, daß ein europäisches Sicherheitssystem nach zwei Modellen denkbar sei: „Entweder, indem es vom Weiterbestehen der gegenwärtigen Bündnisse ausgeht, oder, indem man daran geht, in Europa die beiden Pakte NATO und Warschauer Pakt stufenweise abzulösen und etwas Neues an ihre Stelle zu setzen.“ Vgl. BULLETIN Nr. 70 vom 4. Juli 1967 S. 604–607, hier S. 605. – In einem Interview des SPD-Pressedienstes Nr. 317 war auf die Frage, ob die Kürzung des Verteidigungshaushaltes ein Vorschub auf ein solches Konzept sei, das entscheidende Wort der Antwort, dies sei es „nicht“, weggelassen worden (SPD pressemitteilungen und informationen vom 17. Juli 1967).

47 Am 6. Juli 1967 prallte in Langenweddingen bei Magdeburg an einem Bahnübergang ein Benzinlaster auf einen Ferienzug, vgl. „Neue Zeit“ vom 8. Juli 1967. Das Telegramm Mendes an Stoph ist abgedruckt in „Neue Zeit“ vom 9. Juli 1967.

ist klar. Wir werden das schon hinkriegen. Es ging natürlich sehr temperamentvoll zu bei diesen Unterhaltungen, aber nachher ging es schon.

Nun zu unserer Wehr-Geschichte, die beunruhigend ist. Ich habe in meiner Fernsehansprache darauf hingewiesen, daß 64% der Befragten bei wiederholten Befragungen uns zugestimmt haben. Ich habe aber ausdrücklich gesagt, ich bin denen dankbar, die wachsam sind, sich Sorgen machen usw. Wir müssen den Eindruck innerer Zerrissenheit bei uns unbedingt vermeiden. Nun trifft es sich gut; denn für morgen ist eine Panzerübung in Munsterlager vorgesehen, zu der der Verteidigungsminister mit mir hingehet. Wir sehen uns das an. Ich wiederhole nochmals: Es darf unter keinen Umständen in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck der inneren Unsicherheit erweckt werden.

In der Bundeswehr sind die Meinungen verschieden. Die einen stimmen Ihnen [Schröder] zu, die anderen stimmen mir zu. Das sind Sachfragen. Wir werden uns da zusammenraufen müssen, und wir werden sehen, was dabei herauskommt. Ich mußte mich natürlich in diesen umfangreichen und schwierigen Komplex einarbeiten, um mitreden zu können. Das habe ich inzwischen getan. Morgen bietet sich dazu eine günstige Gelegenheit. Ich habe Herrn Strauß am Telefon gesagt, er solle nichts mehr sagen in der Öffentlichkeit zu diesen Dingen. Ich muß auch mit der SPD sprechen. Ich lese jetzt „Heftige Angriffe in der SPD“. (Zuruf: Wienand⁴⁸!) Es heißt da: Die SPD! Wenn ein Mann so etwas sagt, ist das etwas anderes. (Schröder: Mindestens drei!) Herr Brandt hat sich furchtbar sauer werden lassen [sic!] mit diesen Wehr-Geschichten, weil er als Außenminister weiß, um was es geht. Wir wollen jetzt bitte keine Diskussion darüber – das ist eine sehr schwierige Sache –, was man machen kann oder nicht machen kann.

Johnson kriegt heute von mir ein Telegramm, in dem ich darlege, wie wir weitermachen werden.⁴⁹ Heute nachmittag kommt McGhee⁵⁰ frisch vom Weißen Haus. Ich werde mit ihm sprechen. Die CDU/CSU muß in dieser Frage ein geschlossenes Bild bieten.

Es darf so eine Geschichte nicht passieren wie mit Herrn Gerstenmaier, besonders wenn man den Vorgang kennt. Unser Freund Dr. Gerstenmaier, der Bundestagspräsident, hat an den Investitionsplänen von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller Zweifel geäußert bei einer CDU-Veranstaltung in Backnang.⁵¹ Er warnt davor, 5 Mrd. in die Wirtschaft zu pumpen, die vornehmlich der Kohle- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland zugute kommen. Nach Gerstenmaiers Meinung ist die Kohleproduktion noch viel zu hoch, und deshalb ist er gegen eine weitergehende Subventionierung von Kohle und Stahl. Nun, ich bestelle mir die Herren Kühn und Röder hierher, weil ich mir sage, ich will aus der ganzen Geschichte etwas machen, damit das Volk nicht den Eindruck hat, der Moloch Staat frißt 5 Mrd. Es ist so, daß man in diesen bei-

48 Karl Wienand (geb. 1926), Jurist; 1953–1974 MdB (SPD), 1967–1974 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion.

49 Vgl. FAZ vom 14. Juli 1967 „Kiesinger schreibt Johnson“.

50 George Crews McGhee (geb. 1912), amerikanischer Diplomat und Politiker; 1951–1953 Botschafter in der Türkei, 1961–1963 Unterstaatssekretär für Politische Angelegenheiten im Außenministerium, 1963–1968 Botschafter in Bonn. – Zum Treffen vgl. AAPD 1967 Nr. 267.

51 Vgl. dpa vom 15. Juli 1967 „Gerstenmaier äußert Zweifel an Investitionsplänen“.

den Gebieten mit der Konjunkturpolitik strukturpolitische Maßnahmen verbinden kann. Ich habe mit Herrn Dufhues heute früh gesprochen. Ich will das nicht zu einer Sache der SPD machen.

Es geht wirklich nicht, wenn jeder von uns etwas anfängt, der Herr Luda⁵² so und der andere so. Es ist so, daß wir, die wir uns nach allen Richtungen beraten und abgesichert hatten, qualvoll eine Entscheidung gefunden und getroffen haben, die eben nicht besser sein konnte den Umständen nach. Dann dürfen sich nicht nachher die „Weisen“ einschalten und dagegen aufstehen. So geht es nicht weiter! (*Schröder*: Ich darf etwas im Scherz sagen: Notfalls tauschen Strauß und ich die Ressorts! – *Heiterkeit*.) Von uns allen muß soviel Disziplin gefordert werden. Es geht um das Schicksal und um das Wohl und Wehe dieses Volkes. Jetzt bin ich allmählich am Ende mit meiner Geduld! So kann es nicht weitergehen!

Noch eine Sache! Jetzt kommt die Frage, wie realisieren wir dieses konjunkturpolitische Programm, daß es auch Erfolg hat? Hier wäre ein Schlag ins Wasser von verheerenden Folgen. Ich habe im Kabinett gesagt: Ich bin Föderalist und war es immer. Zum erstenmal in meinem Leben ist es für mich eine Qual – ich habe an die Bildungspolitik immer noch geglaubt –, jetzt zu sehen, wie wir einfach nicht durchzudringen vermögen zu den Objekten, zu denen man unbedingt kommen muß, wenn die konjunkturpolitischen Maßnahmen wirksam werden sollen, wenn gemauert wird, wenn die Länder nicht bereit sind, das Risiko hier mitzutragen. Das ist eine schreckliche Sache. (*Seeböhm*: Und die Obstruktion der Sozialdemokraten!) Das wird jedenfalls eine außerordentlich schwierige Sache sein. Selbst wenn wir überzeugt gewesen wären, daß es richtig war, und wenn wir den Mut zu diesem deficit spending gehabt hätten, die Länder hätten es nicht mitgemacht. Ich weiß, wie es in den Länderhaushalten aussieht, und daß die Länder sich zu konsolidieren versuchen. Trotzdem muß es gelingen. Wir haben im Präsidium darüber gesprochen. Ich bin für jeden guten Rat auf diesem Gebiet dankbar.

Ich werde die Ministerpräsidenten versammeln und ihnen ins Gewissen reden. Wir werden Verfahren entwickeln, wonach wir an die Projekte herankommen, wo wir wissen, wir geben euch soundso viel, dann macht ihr das und streicht dafür an einer anderen Stelle. So könnt ihr den Haushalt um soundso viel verbessern. Wieweit wir in Nordrhein-Westfalen und im Saarland zu strukturpolitischen Maßnahmen kommen werden, weiß ich nicht. Es ist klar, diese strukturpolitischen Maßnahmen müssen zugleich unmittelbar effektive konjunkturpolitische Maßnahmen sein. Etwas anderes können wir uns nicht leisten. Sie müssen sich gegenseitig ergänzen.

Meine Damen und Herren! Ich habe lange geredet. Ich wollte die Situation darstellen, wie ich sie sehe. Ich bin durchaus gelassen und sehe der Entwicklung mit Optimismus entgegen; falls wir nicht die Nerven verlieren. Jetzt ist die Publizistik selber soweit

52 Dr. Manfred Luda (geb. 1921), Rechtsanwalt; 1952/53 Ratsherr in Lüdenscheid (CDU), 1956–1964 Mitglied des Kreistags in Altena, 1964–1970 Mitglied des Stadtrats in Meinerzhagen, 1961–1980 MdB. – Luda hatte am 19. Juni 1967 der CDU/CSU-Fraktion Ausführungen mit dem Titel „Die Wirtschaftspolitik der Unions-Parteien in der Großen Koalition“ vorgelegt; vgl. dazu auch FAZ vom 13. Juli 1967 „Luda: Wir sind loyal“.

ins Dunkel geraten, daß sie auf eine gelassene und entschiedene Führung geradezu ihre letzten Hoffnungen setzt. Es ist ein hochinteressanter Prozeß gewesen, der sich da in den letzten Tagen in unserer Presse abgespielt hat. Vielleicht war es auch ein bißchen so, daß man klagte: Es ist keine Opposition da in dieser Großen Koalition. Jetzt will man sich wieder zu Wort melden. Wenn die „Stuttgarter Zeitung“ heftig schießt, dann tut sie es, weil sie einen klaren FDP-Kurs läuft gegen die Große Koalition.

Und wenn eine andere Zeitung schießt, dann deswegen, weil sie den Standpunkt eines ganz bestimmten Teiles unserer Unternehmerschaft einnimmt. Wenn die „Süddeutsche Zeitung“ schießt, dann deswegen, weil sie von Anfang an eine wilde Gegnerin der Großen Koalition war. Das geht bei den Problemen kreuz und quer durcheinander. Es kann passieren, daß in derselben Zeitung einer uns vorwirft, daß wir die Steuer erhöht haben, daß sie uns aber gleichzeitig prügelt, weil wir den Wehretat möglicherweise nicht noch mehr erhöht haben; also zwei Dinge, die völlig unvereinbar sind. (*Seebohm: Finanzreform.*) Es wird im nächsten Kabinett die erste Beratung dessen stattfinden – ich will mich vorsichtig ausdrücken –, was im Finanzministerium bisher ausgearbeitet worden ist. Ich habe mich noch nicht damit befassen können. Ich habe mit dem Finanzminister vereinbart, daß Professor Hettlage⁵³ zu diesem speziellen Zweck herangezogen wird. Hettlage, der am 1. Januar seine Funktion aufgibt, würde damit beschäftigungslos. Er ist ein fähiger Mann und kann das. Er wird speziell dazu beauftragt werden. Zu der Frage, warum er nicht im Bundeskanzleramt sitzt, sondern im Finanzministerium, folgendes: Wenn ich ein anderes Bundeskanzleramt hätte, dann hätte ich ihn genommen. Was ich hier gefunden habe, ist zu einem großen Teil so katastrophal, daß ich es einfach nicht wagen kann. Er muß doch mit einem Unterbau arbeiten können. Also habe ich Franz Josef Strauß gesagt: Behalte ihn in Deinem Haus, aber hier müssen wir eine ganz besonders enge Zusammenarbeit finden, damit der Kanzler jederzeit richtig informiert ist. Das wird hoffentlich geschehen. Wir wollen die Sache jetzt so schnell wie möglich vorantreiben, weil davon Entscheidendes abhängt.

Leider komme ich zu dem Ergebnis: Wenn wir nicht entscheidende strukturelle Eingriffe machen, werden wir nicht weiterkommen. So, meine Damen und Herren, wenn ich noch etwas ausgelassen haben sollte, stehe ich weiter zur Verfügung.

Fay: Ich habe in diesen Tagen in einer Pressemeldung gelesen, daß Herr Brandt den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz haben wird bei der EWG, und daß er die Absicht habe, die Angelegenheit mit England, nämlich den Beitritt – koste es, was es wolle – voranzutreiben. Er wolle damit erreichen, daß die SPD, die ihn repräsentiert, als besonders fortschrittlich gelte, während die CDU, die Rücksicht zu nehmen habe auf Kiesinger und auf de Gaulle innenpolitisch ins Hintertreffen gerate. Ist Ihnen von einem solchen Bestreben Brandts etwas bekannt?

Kiesinger: Das ist überspitzt, aber es ist vielleicht so, weil er sich mit den Labourleuten in England enger verbunden weiß, wohnen hier zwei Seelen in seiner Brust. Nach

53 Prof. Dr. Karl-Maria Hettlage (1902–1995), Jurist; 1959–1962 und 1967–1969 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, 1962–1967 deutscher Vertreter bei der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg, 1965–1976 Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.

unserer Unterhaltung, die ich vorgestern mit ihm hatte, ist er absolut darauf festgelegt, daß das, was immer auch geschieht, vorher mit mir besprochen werden muß. Das gilt auch für die anderen Dinge wie Sicherheitssystem usw. Das muß natürlich alles vorher beraten und entschieden sein.

Fay: Sie erwähnten über die Gespräche mit Pompidou auch die Einstellung der Russen zu China. Zum Teil sind wir hier einem Wunschtraum gefolgt. Ich erinnere mich früherer Zeiten hier in diesem Raum, da hieß es, daß Salinger⁵⁴ mit sichtbaren und greifbaren Erfolgen zurückgekommen sei. (*Kiesinger:* Salinger hat das geschrieben.) Ich berichte das, was uns in diesem Saal vorgezeichnet wurde. Mich interessiert die Frage, wie stehen die Russen wirklich zu China? Ist es für die Russen ein technisches Problem? Sind die territorialen Auseinandersetzungen gegeben? Natürlich spielt auch die Ideologie eine Rolle. Ich habe den Verdacht, wenn es um die Ideologie gegen uns geht, dann werden sich die beiden Mächte sehr rasch einigen. Und wenn die Ideologie gegen den gesamten Westen geht, dann werden sie sich auch einig werden. Was haben wir davon zu halten, damit wir nicht einem Phantom nachlaufen? Man wird wohl die beiden, soweit es sich dabei um nationale Fragen handelt, als Gegner auseinandermanövrieren können, aber bei ideologischen Fragen werden sie im Endeffekt gegen uns sein.

Kiesinger: Das ist die große Frage, die kann niemand mit Sicherheit beantworten. Ich habe mich seit vielen Jahren – bevor ich Kanzler wurde – mit den großen Fragen der Außenpolitik befaßt. Dies ist für mich eine faszinierende Frage gewesen. Ich habe unsere Vertreter in Hongkong regelmäßig befragt über ihre Meinung. Sie stimmen im allgemeinen darin überein, daß sie sagen: Was in China ist, das ist kein Kommunismus, sondern eine besondere Art des chinesischen Nationalismus in einem Gewand, das die Chinesen übernommen haben. Sie treiben mit den Russen ein satanisches Spiel mit Argumenten, an die sie gar nicht glauben.

Mein Gesamteindruck ist der – und ich habe ihn bestätigt gefunden bei de Gaulle, bei Johnson usw. –, daß in der Tat, soweit Menschen überhaupt eine Prognose wagen können, ein unheilbarer Riß zwischen den beiden ist, und daß die weltpolitischen Interessengegensätze stärker sind als die ideologische Gemeinsamkeit, wenn es überhaupt eine ideologische Gemeinsamkeit zwischen den beiden gibt. Nur weiß man natürlich nie, was in China passiert. Mir wurde gesagt, die Russen arbeiten verzweifelt daran, einen chinesischen Bürgerkrieg vorzubereiten. Sie fingen an, Generale zu bestechen, Provinzgouverneure usw. China falle damit zurück in eine Epoche innerer Auseinandersetzungen und Bürgerkriege. Damit sei die Gefahr beseitigt.

54 Pierre Salinger (1925–2004), Journalist; 1961–1964 Pressechef der Präsidenten Kennedy und Johnson, August bis Dezember 1964 Senator von Kalifornien. Memoiren: Pierre Salinger. A memoir. New York 1995.

Wenn das nicht geschieht, dann genügt allein schon der Name China, um einem das Gruseln über den Rücken zu jagen. Man hat sich über den guten Professor Fucks⁵⁵ in Aachen lustig gemacht, sehr zu Unrecht. Ich habe sein Buch sehr genau und kritisch gelesen. Was der Mann sagt, ist eine ganz einfache Aussage. Er sagt: Auf unserer Erde gibt es einen nördlichen Industriegürtel von Industrievölkern, die, wenn sie ähnliche Gegebenheiten haben, auch ähnliche Entwicklungen nehmen. China gehört in diesen Gürtel hinein. Es ist das letzte Glied dieses Gürtels, das noch nicht aufgeholt hat. Was sollte uns daran zweifeln lassen, daß die Chinesen nicht aufholen. Sie haben die notwendigen Voraussetzungen; sie haben die Bevölkerung, die nicht – wie bei den Indern – für sie ein Problem ist, sondern eine Kraft. Sie werden nicht finden, daß man in China ernsthaft eine Geburtenkontrolle unternimmt. Dieses China wird zwangsläufig eine moderne Industrienation werden. Dann wird es so stark werden, wie eine Industrienation mit einer Milliarde Menschen stark sein muß.

Dann kommen die Berechnungen – sie mögen sehr über den Daumen gepeilt sein –, wonach die wirtschaftliche, militärische und politische Kraft Chinas zunächst diejenige von Rußland und dann die von Amerika übersteigt, dann diejenige von Rußland und Amerika zusammen, und schließlich übersteigt sie die Kraft von Rußland, Amerika und Europa zusammengenommen. Nun, darüber kann man streiten. Das Verdienst des Mannes ist es aber, darauf hingewiesen zu haben, daß möglicherweise China die ganz große Industrienation dieser Welt sein wird.

Wir aber haben nicht in den richtigen Dimensionen gedacht. Das Verdienst von Fucks ist es, auf die möglichen Dimensionen dieser Entwicklung hingewiesen zu haben. Die Russen und die Amerikaner wissen von dieser Entwicklung. Es ist hochinteressant, wie beide darüber reden. De Gaulle sagt: Sie denken nur daran, aber sie reden möglichst wenig darüber. Nun, es kommen Entwicklungen auf uns zu, die mich gruseln machen. Von einem bestimmten Zeitpunkt ab werden die Chinesen eine atomare Macht sein mit jeder Möglichkeit der militärischen und politischen Erpressung. Die große Frage ist dann – das ist ein schauerlicher und schauerlicher Ausblick –, ob es Mächte auf dieser Welt gibt, die diese Entwicklung zulassen werden, womit schon alles gesagt ist. Und hier liegt tatsächlich die Richtigkeit des Arguments von de Gaulle, daß die Russen über kurz oder lang ein Interesse daran haben, sich hier zu arrangieren.

In diesem Zusammenhang folgendes: Rumänien ist sicherlich das am strengsten regierte Land unter den russischen Satelliten. Man hält es im eisernen Griff. Vor allen Dingen die Österreicher sagen, dort ist viel weniger persönliche Freiheit als in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Polen, und trotzdem ist es ein Land, das viel unabhängiger seine Beziehungen mit dem Westen regelt und auch unabhängig handelt. Mit

55 In der Vorlage: Fuchs. – Professor Dr. Wilhelm Fuchs (1902–1990), Mathematiker und Physiker; 1934 Privatdozent, 1938 Professor an der TH Aachen, 1950–1952 Rektor der TH Aachen, 1956–1966 Direktor des Instituts für Plasmaphysik in der Kernforschungsanlage Jülich. – Bei der Publikation handelt es sich um das 1965 erschienene Buch „Formeln zur Macht“, das auf heftige Kritik stieß.

Oancea⁵⁶ habe ich ein interessantes Gespräch in dieser Frage gehabt. Er sagte, täuscht Euch nicht. Das sagt auch de Gaulle. Auch hier haben wir ein Problem, das uns Sorge bereitet. Ich habe Johnson und de Gaulle gesagt, wenn Ihr das nicht im Auge habt bei jeder politischen Maßnahme, die Ihr jetzt trefft, dann macht Ihr eine schlechte Politik. Wir können dazu nicht viel tun, aber wir sind bereit, das Problem zu sehen und dabei mitzuhelfen. Wenn wir eine Ostpolitik eingeleitet haben, die ein bißchen Bewegung in die Dinge bringt, dann nicht zuletzt deswegen, weil wir die Möglichkeit abschätzen, daß ein solches Interesse der Russen eines Tages da sein könnte.

Schmücker: Die Kabinettsbeschlüsse sind einstimmig gefaßt. Sie sind ein optimales Ergebnis und können vertreten werden. Ich hatte nicht damit gerechnet, daß wir sehr viel Lohn ernten würden, aber daß es nun so geworden ist, hat mich doch überrascht. Es ist für uns als Partei eine wichtige und übrigens uralte Frage, wie wir unsere Arbeit publizistisch besser verkaufen können.

Herr Bundeskanzler! Ich selbst habe schon häufig in mißlichen Situationen gestanden und mich immer wieder gefragt, wie so etwas zustande kommt. Bitter enttäuscht bei diesen ganzen Fragen hat mich das außerordentliche Ausmaß an Indiskretionen, die hier vorgekommen sind. Dieses Ausmaß wurde von den einzelnen nicht mehr als Sünde erkannt, weil zwei Herren solche Dinge, die wir geheimhalten wollten, draußen gesagt haben, nämlich Strauß und Schiller. Und damit war die Bahn für die anderen frei. Strauß hat in einer Rede Dinge gesagt, die wir unter dem Siegel der Verschwiegenheit behandelt haben.⁵⁷

Ich bin von mehreren Kabinettskollegen angegangen worden, weil ich nicht reden wollte. Ich habe es nicht getan. Was war die Folge? Es fragten mich der Staatssekretär und die engeren Mitarbeiter, was ist los? Ich habe geschwiegen. Aber dann haben mich diese unterrichtet über alle Vorgänge. Diese Leute haben mit den Journalisten ausgeknobelt, was herauskommt. Wir müssen davon ausgehen, daß ein großer Teil unserer Mitarbeiter in unseren eigenen Organen einen eigenen Weg gehen. Darüber ist schon viel Ärger im Kabinett gewesen. Wenn das nicht geändert werden kann, dann werden wir publizistisch scheitern.

Auch in der Fraktion hat es einigen Ärger gegeben. Zunächst wird kritisiert, dann kommt die Forderung, das Kabinett zu verkleinern, dann kommt der Ruf: Starke Männer ins Kabinett. Ich höre nun, daß Sie mit den Fraktionsvorsitzenden darüber sprechen wollen. Ich meine, daß wir einen Fehler gemacht haben. Wir hätten etwas enger in der Vorbereitungszeit mit den Herren zusammenarbeiten müssen. Der Ausschuß hätte mehr eingeschaltet werden müssen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Blank! – *Weiterer Zuruf:* Das war Strauß!) Es ist so, wir sagen nichts, aber die anderen sagen es. Und dann ist der Ärger da. Wir müssen sehen, wie wir das künftig überwinden. Alles das, was wir an wirtschaftlichen Krisen haben, ist eine Krise der Staatsorganisation. Hätten

56 Constantin Oancea (geb. 1928), seit 14. Juli 1967 bis 1974 Botschafter Rumäniens in Bonn.

57 Strauß nannte in seiner Rede vor dem CSU-Parteitag in München die „finanzielle Lage ernst und mahnend“, vgl. dpa vom 1. Juli 1967; in einem Interview mit dem WDR sprach er sich gegen neue Steuererhöhungen aus, vgl. dpa vom 8. Juli 1967.

wir eine Bundesfinanzverwaltung oder etwas Ähnliches, dann könnte das nicht passieren. Wer hätte je daran gedacht, daß wir den Ländern Hinweise hinsichtlich des Kapitalmarktes geben müssen.

Ich bin der Auffassung, daß alle diese Probleme nur in einer Großen Koalition gelöst werden können, woher sollten wir sonst die Mehrheit bekommen für eine Bundesfinanzverwaltung, die uns die Lage versetzt, diese Dinge richtig zu machen. Das Problem der Vermögensbildung ist doch so, man kann den breiten Schichten nicht zumuten, nur Opfer zu bringen, während die anderen verschont bleiben. Wenn Sie einmal einen großen wirtschaftlichen Kreis ansprechen, dann sind Sie am Ende aller Sympathie angelangt. (*Kiesinger*: Wie schätzen Sie die Möglichkeiten in der Großen Koalition?) Leute wie Leber⁵⁸ würden unsere Auffassung weitgehend unterstützen, andere sehen natürlich in einer Realisierung eine große Gefahr. (*Kiesinger*: Ich komme gleich darauf zu sprechen.) Wir müssen diesen Punkt ansprechen. Man sagt, wenn ihr das nicht macht, scheitert ihr sowieso. Der internationale Wettbewerb läßt nicht zu, daß ihr es über den Preis macht. Das Problem des Kapitalbedarfs der deutschen Wirtschaft kann nur unter Beteiligung breiter Schichten gelöst werden. Wir müssen daraus die Konsequenzen ziehen.

Herr Müller-Armack hat das deutsche Volk mit seiner Firma verwechselt und ist über das Ziel weit hinausgeschossen. Es ist so, wenn wir etwas sagen und die Leute wissen, wir können es doch nicht einhalten, dann halten sie uns für Scharlatane. Das schlimmste dabei ist, jemandem etwas zuzugestehen, was ihm nicht zusteht. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung*. – *Kiesinger*: Ich habe vor den Zeitungsartikeln keine Angst. Das wird von den Leuten doch nicht gelesen.) Wir müssen parteiorganisatorisch die Konsequenzen ziehen. Es wäre gut, wenn wir heute die Zeit dazu benützen würden, im Ansatz zu überlegen, wer mit wem etwas zu besprechen hat, was dann im Herbst beschlossen werden soll. (*Seebohm*: Finanzverfassungsreform!) Dazu ist es erforderlich, daß wir die entsprechenden organisatorischen Arbeiten leisten, um die Umsetzung in den Ländern durchzuführen. Deshalb sollten wir heute soweit kommen, daß wir überlegen, wen wir beauftragen können, um das Entsprechende in die Wege zu leiten.

Kohl: Ich möchte etwas sagen zur Eskalation in Vietnam. Mir scheint der Gedanke de Gaulles nicht ganz falsch zu sein. Die 500.000 Soldaten in Vietnam bis Ende des Jahres stellen mit ihren Familien ein Millionenheer von Wählern dar. Das wird Auswirkungen haben auf die amerikanische Innenpolitik. Ich meine, dazu sollten Sie etwas sagen, weil das angesprochen worden ist.

Nun eine Frage, die nicht angesprochen wurde! Ist es notwendig, für den Besuch des griechischen Königs ... (*Kiesinger*: Ich habe abgesagt. Es war nicht leicht, aber er

58 In der Vorlage: Weber. – Georg Leber (geb. 1920), Bauarbeiter, Gewerkschafter; 1957–1983 MdB (SPD), 1957–1966 1. Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden, 1958/59 MdEP, 1966–1972 Bundesminister für Verkehr und 1969–1972 Bundesminister für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, 1972–1978 Bundesminister für Verteidigung. Vgl. KEMPF/MERZ S. 413–419. – Leber hatte bereits 1964 für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand plädiert, allerdings durch Einzahlung in Fonds.

kommt nicht.⁵⁹⁾ Ich gehöre zu denen, die gesagt haben: Wenn bei diesen Beratungen eine härtere Linie möglich gewesen wäre, dann hätte man sie einhalten sollen. Sie sagen, die Situation der SPD habe es nicht zugelassen. Wir haben doch unter bestimmten Perspektiven die Große Koalition gegründet. (*Kiesinger*: Was meinen Sie mit härterer Linie?) Ich denke an den Sozialbereich. (*Kiesinger*: Sie müssen es noch klarer sagen; vielleicht: Nettobezogen!) Glauben Sie, daß das ausreichen wird, was jetzt gemacht wird, oder müssen wir zu einem späteren Zeitpunkt – der dann allerdings psychologisch viel schlechter liegt – erneute Maßnahmen durchführen?

Ein weiterer Punkt, den ich hier anspreche, ist der, daß sich die Länder alsbald auf der Anklagebank sehen. Das hat vielerlei Gründe. Die Koordination, Herr Schmücker, zwischen dem Bund und den Ministerpräsidenten hat sehr viel mit dem Informationswesen zu tun. Denken Sie an das Fernsehen. Es müßte doch dem früheren Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg ein leichtes sein, seinem früheren Kollegen – auch er hat zwei Seelen in seiner Brust – klarzumachen, daß die Sache durchgehen muß ... (*Kiesinger*: Ich klage ja nicht an!) Ich bin nicht der Meinung, Herr Schmücker, daß mit einer Umstrukturierung der Führung die Dinge zu ändern sind. Wir sind der Bundesvorstand der CDU. Ich stelle die Behauptung auf, daß die Majorität der CDU/CSU in Deutschland nicht zuletzt ein Produkt des föderalistischen Staatsaufbaues in der Bundesrepublik ist.

Ich könnte Ihnen eine Menge Beispiele sagen, daß wir keine Mehrheit hätten, wenn wir im Jahre 1949 verfassungsrechtlich einen anderen Weg gegangen wären. Ich bitte Sie, das zu bedenken. Ich höre ähnliche Stimmen aus der Bundestagsfraktion. Ich würde zumindest den Mitgliedern der Fraktion zu erwägen geben, wieviel Mitglieder der Bundestagsfraktion in den Deutschen Bundestag einzögen, wenn alle Landtage auf einmal schlagartig verschwänden. Ich sage das vorsorglich, weil ein anderer Kandidat plötzlich ... (*Unruhe*. – *Zuruf*: Habe ich nicht gesagt!) Durch die CDU ... (*Anhaltende Unruhe*. – *Zuruf*: Das ist völlig falsch, was Sie da behaupten!) Es muß doch möglich sein, unter Einschaltung der Ministerpräsidenten und der Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen – ob wir in der Regierung oder in der Opposition sind –, die Frage einer konjunkturellen Beeinflussung zu behandeln. Dort herrscht viel guter Wille. Es ist nur so, daß man bislang zu wenig übersehen hat, was die Großgemeinden, die Städte über 500.000 Einwohnern, an Investitionen machen. Was da drinsteckt, sollte man berücksichtigen im Zusammenhang mit der Finanzreform. Aber die Sache geht nicht gut, wenn nicht von vornherein ein engster Kontakt mit den Ländern und mit den Gemeinden – d. h. mit unseren Leuten – schon beim Vorentwurf gefunden wird. Dies ist notwendig, damit wir nachher nicht auseinanderfallen. Man hat den Eindruck, daß wir in der Hochsommerzeit ... (*Kiesinger*: Wozu denn?) Ich denke an die Berichte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ von Strauß usw. Ich denke auch an das, was Herr Schmücker sagte über Indiskretionen und an alle die Dinge, die so etwas nach sich

59 Wegen des Staatsstreichs in Griechenland am 21. April 1967 kam der Besuch König Konstantin II. nicht zustande.

zieht. Es ist die Aufgabe des Parteivorstands, sich hier einzuschalten und eine Linie festzulegen. Deshalb meine Bitte an den Parteivorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden, speziell mit den Ministerpräsidenten und den Länderparlamenten diese Möglichkeiten auszuschöpfen.

Es ist nicht zu übersehen, daß die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen z. T. eine völlig andere Politik machen. Denken Sie an die Mittelfristige Finanzplanung, an Parolen, die draußen gegeben werden. Und Herr Brandt und die anderen Herren von der SPD sitzen hier am Kabinetttisch. Sie sollten dafür Sorge tragen, daß unsere Linie nach draußen getragen wird. Das ist eine wichtige Aufgabe der Partei, die wir bisher nicht ausgeschöpft haben.

Kiesinger: Wir haben auf dem letzten Parteitag die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, d. h. eine Parteispitze, die effektiver arbeiten kann, alles in allem genommen. Ich hoffe, daß sich das auch auswirken wird. Es ist nur so, der Tag hat 24 Stunden. (*Kohl:* Das ist auch ein Problem!) Das ist leider Gottes ein Problem. Es ist die Frage, wieweit Menschenkraft diese gesamten Integrationsaufgaben noch bewältigen kann? Ich will natürlich nicht, daß wir resignieren sollen, sondern ich will den Appell gerne aufnehmen. Auch ich bin wie Sie der Meinung, wir von der CDU/CSU müssen mit unseren Leuten draußen zusammenarbeiten. Wir müssen durch Kooperationen zu besseren Ergebnissen kommen.

Wir können nicht einfach – so habe ich Herrn Schmücker auch nicht verstanden – nach einer unitarischen Bundesverfassung oder etwas Ähnlichem streben. Das Wichtigste ist – was Herr Kohl gesagt hat – der föderative Aufbau der Bundesrepublik. Die Entwicklung ist hier mit einer ungeheuren Gewalt nach der einen Richtung gelaufen, wie sie anderswo zu unseren Gunsten lief. Denken Sie an das Ruhrgebiet. Wenn diese Geschichte schiefgeht, läuft sie gegen uns, weil man das dann Bonn ankreiden wird. Wir werden versuchen, es so gut wie möglich zu machen.

Im Vietnamkrieg ist die Gefahr, was werden eines Tages die Amerikaner tun, wenn sie am Scheideweg stehen, wenn sie sich sagen müssen, was werden wir tun, wenn wir durch chinesische Raketen in Amerika bedroht werden können? Das wird die entscheidende Situation der Geschichte dieses Jahrhunderts werden. Davon bin ich überzeugt. Das ist das, was mir schon Jahre entsetzliche Sorgen macht.

Zu Vietnam selber habe ich Herrn de Gaulle gesagt: Warum müssen Sie von einem Skandal sprechen, auch wenn Sie der Meinung sind, daß das der Fall ist, was die Amerikaner dort machen? Dann kam die Erklärung – offenbar ist da gerade der innerfranzösische Aspekt für ihn so wichtig –, wenn ich die amerikanische Politik verfolge und sehe, wie sich dieses Vietnamproblem immer tiefer hineinfrißt in das Bewußtsein der Amerikaner, wie das eine immer stärkere Bewußtseinskrise in diesem an und für sich unerhört robusten und völlig gesunden Volk auslöst.

Es ist wirklich erstaunlich, was dieses Volk aushält. Wenn ich daran denke, was bei uns geschähe, wenn das alles hier passierte, was in den letzten Jahren in Amerika vor sich gegangen ist, so ist das nicht abzusehen. Ich kann zu der Frage in Vietnam vom Standpunkt der deutschen Politik aus nur sagen, hoffentlich gelingt es, dort zum Frie-

den zu kommen, aber ich kann mich nicht in irgendeiner Weise gegen die Amerikaner stellen in dieser Frage. Das ist ausgeschlossen. Ich kann lediglich im privaten Gespräch meine Sorgen äußern. Das ist aber auch alles.

Noch ein Wort im Zusammenhang mit dem Programm. Ich hatte ja, als ich diese Regierung übernahm, schon ziemlich klar vorausgesehen, was ich schaffen könne und was nicht. Die Finanzverfassungsreform kann nur von der Großen Koalition gemacht werden. Dafür kann eben anderes nicht gemacht werden von der Großen Koalition. Wir haben keine gemeinsame gesellschaftspolitische Konzeption. Deswegen können wir in der Großen Koalition auch manche Aufgaben nicht lösen. Deshalb habe ich in meiner Regierungserklärung schon gesagt, welche Aufgaben ich vorfinde: 1. die öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen, 2. dafür zu sorgen, daß wir unsere Wirtschaft wieder in Schwung bekommen. Im übrigen darf es nicht sein, daß es so aussieht, als ob wir mit der Holzaxt dreingefahren hätten. Diese Umschreibung zeigt auch, daß ich mir keine allzu großen Illusionen mache über das, was man gemeinsam fertigbringen könnte.

Neben der Finanzverfassungsreform⁶⁰ haben wir noch die Wahlrechtsreform, worüber in unseren eigenen Reihen keine Einigkeit besteht. Wenn wir das fertigbrächten, so wäre das schon ungeheuer viel. Auf gesellschaftspolischem Gebiet hinsichtlich der Eigentumsbildung sollten wir realistisch sein und gar nicht erst versuchen, etwas zu erreichen, was zwangsläufig scheitern muß, um so mehr mit einem Partner, der sich in seiner Existenz bedroht fühlt im Blick auf die nächste Bundestagswahl.

Hier ist die Frage, wann und wie sich die Christlich-Demokratische Union in der Zwischenzeit als Partei äußert, und zwar im Hinblick darauf, daß an diesen großen programmatischen Dingen unser Volk gar nicht so stark interessiert ist, sondern unser Volk ist daran interessiert, daß die Arbeitsplätze und die Stabilität der Währung erhalten bleiben, daß Frieden und Sicherheit gewährleistet sind. Das ist wesentlich für die breiten Schichten unseres Volkes. Ich will ein Beispiel sagen. Als wir hier durchfuhren mit de Gaulle war ein schöner sonniger Tag. Die Leute draußen waren fröhlich und heiter und haben gewinkt. Da sagte de Gaulle plötzlich: Das sind frohe Leute. Und so ist es doch auch. Das habe ich auch bei allen Wahlreisen gesehen; wir haben ein zufriedenes Volk. Aber das wollen gewisse Leute nicht gern hören.

Es sind gewisse Radikalinskis unter den Studenten und Politologen, unter den Literaten, Journalisten usw., die niemandem verpflichtet sind. Aber das Volk ist zufrieden und hat bis jetzt immer noch Vertrauen zu uns, daß wir es schaffen werden. Darin liegt auch eine gewisse Gefahr, indem man sagt: Der Kanzler wird uns auf die Höhe führen usw. Man wird also die Probleme dem Volk klarmachen müssen, so gut das eben geht.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an eine Zeitung, die geschrieben hat: Kiesinger – Genie, wo meine Fernsehansprache interpretiert wird als eine geniale Leistung usw. Nun, was heißt das? Ich denke an die Wahlreisen, wo ich meine Witzchen gemacht habe und aufzählte: globale Steuerung, konzertierte Aktion, Investitionshaushalt, sozia-

⁶⁰ Die Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1967 bis 1971 sowie ein Konjunkturprogramm wurde am 8. September 1967 vom Deutschen Bundestag gebilligt, vgl. Sten.Ber. 5. WP 120, Sitzung S. 6081–6098. Vgl. auch Anm. 28.

le Asymmetrie. Ich habe gefragt, was sich die Leute bei alledem denken. Darauf kam ein großes Gelächter. Dann habe ich gesagt, verflucht noch einmal mit solchen Ausdrücken wie Formierte Gesellschaft⁶¹ usw. Informieren ist besser, und ich wünsche, unsere Zeitungen, das Fernsehen und der Rundfunk würden die Dinge so sagen, daß die Leute es auch wirklich verstehen. Dann kam jedesmal eine ungeheuer große Zustimmung. So ist es doch!

Die Dioskurengespräche⁶² – wenn Franz Josef Strauß da wäre, würde ich es ihm sagen – zwischen ihm und Schiller haben wahrhaftig nicht dazu beigetragen, das Volk aufzuklären. Was war denn mit die Grundlage unseres großen Erfolges in den Jahren des Kampfes und der Auseinandersetzungen mit der SPD? Es war die Tatsache, daß die Gespräche usw. im Rundfunk übertragen wurden und die Leute an diesen Auseinandersetzungen unmittelbar teilnehmen konnten. Es kommt darauf an, in welcher Weise man mit dem Volk redet. Deswegen bin ich zuversichtlich. Wir müssen uns klar darüber sein, was wir mit der Großen Koalition programmatisch zuwege bringen können und was nicht. Wir sollten uns nicht abplagen und Dinge anpacken, bei denen wir doch nur zu faulen Kompromissen kommen. (*Kohl*: Darf ich noch einmal fragen, kann eine Situation entstehen, daß wir nochmals einen Eingriff machen müssen?) Sie meinen also, daß im Herbst die Mittelfristige Planung nicht mehr ausreicht? (*Kohl*: Ich meine, daß wir noch einmal an den sozialen Sektor gehen müssen. – *Dufhues*: Bei einer Steigerung um 4% reichen die Einnahmen aus. – *Unruhe und Bewegung*.) Wir konnten nicht tiefer ansetzen. (*Kohl*: Sie haben in Düsseldorf von einer Verdoppelung des Lebensstandards gesprochen.⁶³) Ich habe in Düsseldorf verhindert, daß das programmiert wurde. Ich bin kein Prophet, Herr Kohl, aber nach allem, was ich von ruhigen und sachlichen Männern aus der Wirtschaft höre, glaube ich, daß es damit gehen müßte. Sollte sich zeigen, daß ein Mann wie Müller-Armack recht behält, dann muß man um des Himmels willen sehen, was man tun kann. Das ist aber nicht durch Eingriffe in den sozialen Sektor möglich. Ich sehe die Chance nicht, daß die SPD in der Situation, in der sie sich befindet, auf dem sozialen Sektor noch entgegenkommen wird.

Es ist dann die Frage nach der inneren Einheit der CDU gestellt. Wir dürfen nicht davon ausgehen, daß wir diese Dinge bei uns schon klar entschieden haben.

So meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, eine Mittagspause zu machen.

Unterbrechung von 13.30 Uhr bis 14.00 Uhr.

Kiesinger: Wir machen weiter, meine Damen und Herren. Um 15.30 Uhr kommt der amerikanische Botschafter. Wenn ich dann weggehe, so soll Sie das nicht hindern, noch

61 Zu den programmatischen Vorstellungen Ludwig Erhards vgl. LEXIKON S. 538 f.

62 Nach der griechischen Sage die zwei unzertrennlichen Söhne des Zeus.

63 In der „Düsseldorfer Erklärung“ vom 31. März 1965 heißt es, die CDU wolle den „Lebensstandard in der Zukunft weiter steigern“, vgl. CDU, 13. BUNDESPARTEITAG S. 722–727, hier S. 725. Vgl. aber DUD Nr. 63 vom 1. April 1965 S. 3: „Die CDU wird unseren Lebensstandard in der Zukunft abermals verdoppeln“.

die anderen Punkte der Tagesordnung zu erledigen; bei denen brauche ich nicht dabei zu sein.

Stoltenberg: Ich möchte die Bedeutung der Finanzverfassungsreform nicht nur grundsätzlich unterstreichen, sondern auch aus einer gewissen Sorge heraus. Ich habe in der Frage des Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und den Ländern hinsichtlich der Forschung und Wissenschaft mit einer Reihe von Ministerpräsidenten gesprochen und dabei auch andere Fragen angeschnitten, die im Zusammenhang damit stehen.⁶⁴

Mein Eindruck ist leider der, daß es mehrere Ministerpräsidenten gibt bei uns und bei der SPD, die Zweifel äußern, ob man bei der sehr unterschiedlichen Ausgangsposition und der Tatsache, daß einige Länder das Troeger-Gutachten⁶⁵ nicht als Ausgangspunkt nehmen, in den nächsten zwei Jahren überhaupt noch die Finanzreform schaffen kann. Das wäre meines Erachtens für das Ansehen der Großen Koalition ein schwerer Schlag. Wir können uns nicht nur darauf beschränken, die akuten Haushalts- und Konjunkturprobleme zu meistern und vielleicht noch die Notstandsverfassung durchzubekommen, was wahrscheinlich ist, sondern dies ist das Kernstück einer innenpolitischen Verfassung bei einer entsprechenden Gesetzgebung.

Ich sage das deswegen, weil wir neben den Gesprächen, die wir zwischen der Bundesregierung und den Länderregierungen führen werden, auch auf der Ebene der Partei weiterarbeiten müssen.

Nun haben Sie Kommissionen eingesetzt. Ich weiß nicht, ob diese zusammenarbeiten. Wir müssen jetzt jedenfalls ein Gremium finden und am Leben erhalten, das in der Lage ist, unter ganz klaren politischen Gesichtspunkten und aufgrund der Notwendigkeiten dieser Reform eine Meinungsbildung in der Partei herbeiführen. Wir müssen verhindern, daß wir nicht durch allzu bürokratische Behandlung dieser Angelegenheit weiter abrutschen. Für das Gelingen unserer Regierungsarbeit, aber auch für die weitere Entwicklung unserer staatlichen Aufgaben scheint mir das ein Kernpunkt zu sein.

Kiesinger: Ich bin einverstanden. Wir werden also innerhalb der Partei die Dinge vorwärtstreiben müssen. Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin das Problem der Wahlrechtsreform angedeutet. Wir müssen uns in unserer Partei darüber schlüssig werden. Das geht noch munter hin und her. Ich sage Ihnen offen, ich habe damals diese Geschichte bei der Gründung der Großen Koalition mitgemacht, aber ich bin kein Fanati-

64 Stoltenberg hatte sich bereits im Februar 1967 für eine Verlängerung des Verwaltungsabkommens zur Wissenschaftsförderung ausgesprochen und eine langfristige Sicherung für Planung und Finanzierung von Forschungsaufgaben mit internationalem Schwerpunkt ausgesprochen (vgl. „Welt“ vom 10. Februar 1967).

65 Vgl. Kommission über die Finanzreform (Hg.): Gutachten über die Finanzreform in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart u. a. 1966. Troeger war Vorsitzender der Kommission. – Dr. Heinrich Troeger (1901–1975), 1945–1948 Oberbürgermeister von Jena (SPD), ab 1947 Ministerialdirektor im hessischen Finanzministerium, Generalsekretär im Exekutiv- und bizonalen Länderrat, dann Ministerialdirektor im nordrhein-westfälischen Finanzministerium, 1951–1956 Finanzminister Hessen, 1956/57 Präsident der Landeszentralbank Hessen, 1958–1969 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. – Vgl. auch Nr. 8 Anm. 89.

ker dieser Geschichte. Sollten mich kluge Leute eines Besseren belehren, bitte sehr! Die Konsequenzen dieser Frage sind für mich nicht überschaubar. Theoretisch bin ich nach wie vor der Meinung, wenn es zu schaffen wäre, daß wir ein Wahlrechtssystem bekommen, bei dem mit einiger Sicherheit bei jeder Wahl eine Partei das Mandat zur Regierungsbildung erhält, so wäre das eine großartige Sache, aber weder vermag ich vorauszusagen, wann sich der Charakter der Parteien ändern wird, noch wage ich eine Prognose zu stellen, zu wessen Gunsten sich diese ganze Sache entwickeln wird.

Dufhues: Ich habe das mehr oder weniger zweifelhafte Vergnügen, Vorsitzender der Kommission zu sein. Wir haben mehrere Sitzungen abgehalten und dabei recht unterschiedliche Auffassungen gehört. Auch die Auffassungen der Experten waren nicht einheitlich. Mit Sicherheit werden bestimmte Wahlsysteme, insbesondere im Bereich des Stufenwahlrechts, dargestellt werden. Die Entscheidung wird im Bereich dieser Kommission fallen zum relativen Mehrheitswahlrecht mit unterschiedlicher Korrektur zum jetzigen Wahlrecht.

Für mich als dem Leiter der Kommission ist es nicht von entscheidender Bedeutung, der Partei ein großes Gutachten zu erstatten, sondern zu erfahren und festzustellen, welche Auffassungen in diesem Punkt bestehen, um etwa in dem politischen Rahmen zu bleiben, der in der Partei und auch in der Großen Koalition realisiert werden kann. Ich sage offen, daß ich sehr gern die Meinung dieses Gremiums erfahren möchte, um mir ein Urteil zu bilden. Ich schlage vor, daß wir im Bundesvorstand eine Meinung bilden, die nicht verbindlich sein soll für die Kommission, die uns aber die Möglichkeit gibt, die Beratungen der Kommission so zu steuern, daß sie dieser Linie unserer gemeinsamen Überlegungen entspricht.

Kiesinger: Wir müssen uns eine Meinung bilden.

Barzel: Das wichtigste dieser ganzen Frage – Expertisen hin, Expertisen her – ist der Wille, der der Führung hier entspricht. Ich kann nur sagen, wenn wir nicht bei diesem Willen bleiben als CDU/CSU, dann geben wir damit ein Pfand aus der Hand. Es muß also unser Wille klar bleiben. Ich bin sehr dafür, daß wir darüber hier in der nächsten Sitzung ausgiebig diskutieren. Wir sollten nicht, wie das von verschiedenen Seiten der CDU/CSU geschehen ist, mit Vorschlägen von einzelnen kommen, sondern unseren Willen gemeinsam entwickeln.

Kiesinger: Der Wille ist klar ausgedrückt worden am Beginn der Koalition. Wir sind nicht diejenigen, die von der Koalitionsvereinbarung abgegangen sind, aber wir haben es noch nicht durchdiskutiert und die Frage im Führungsgremium noch nicht genügend behandelt.

Stingl: Herr Bundeskanzler! Sie haben zu Berlin nichts gesagt. Mir macht Berlin ein bißchen Sorge, weil nämlich dieser Brief von den Alliierten seinerzeit in Berlin Unruhe gemacht hat. (*Kiesinger:* Welcher Brief?⁶⁶) Daß Berlin nicht ein Land des Bundes ist. Mir scheint, daß die Einwirkungen von Herrn Brandt auf den Regierenden Bürgermei-

66 Vermutlich Deutschland-Erklärung der Drei Mächte vom 12. Mai 1965, vgl. DzD IV/11 S. 595 f.; AAPD 1965 Nr. 202, 286.

ster von Berlin⁶⁷ offenbar gleich null sind. Der Regierende Bürgermeister von Berlin ist der schwächste Bürgermeister, den wir je gehabt haben. Die Unruhen der Studenten, Literaten usw. sind eine Spätfolge von herausgegebenen Parolen. Ich bitte Sie, im Kabinett die Aufmerksamkeit auf diese Dinge zu lenken. Die Berliner Wirtschaft braucht auch ihre Klarheit in der Disposition.

Sie haben am Rande erwähnt, daß Herr von Hassel Pläne hat, wie die SBZ-Flüchtlinge behandelt werden sollen. Ich bitte Sie, Herrn von Hassel darin zu unterstützen. Wenn wir nicht versuchen, ihm jetzt den Boden zu geben, um etwas zu erreichen, wird es Unruhe geben, die die SBZ-Flüchtlinge ausnutzen werden.

Kiesinger: Im Augenblick fasse ich das noch nicht an. (*Stingl:* Aber den good will für Herrn von Hassel.) Man muß natürlich den guten Willen haben, aber ich bin keinesfalls geneigt, in der Frage der Kriegsgefangenenentschädigung zu weit nachzugeben. (*Stingl:* Das meine ich nicht!) Das hängt aber damit zusammen. Ich habe diese Geschichte in Stuttgart mitgemacht auf dem Killesberg.⁶⁸ Ich habe gesagt: Mich habt Ihr zum letztenmal bei Euch gesehen. Das ist doch eine demagogische Gesellschaft gewesen. Das war ungeheuerlich. Also, wir haben noch etwas Zeit und wollen uns die Sache in Ruhe überlegen. (*Stingl:* Bei den Kriegsgefangenen sollte Schluß gemacht werden. Wir sollten Katzer und Lücke beeinflussen, daß sie bei der Gesundheitsversorgung der Kriegsgefangenen über das Bundesvertriebenengesetz ein bißchen Luft machen. – *Starke Unruhe.*)

Seebohm: Ich bitte bei den Ostflüchtlingen darum, keine Verlängerung des Lastenausgleichs, denn das bringt uns außerordentliche Schwierigkeiten. Noch einmal können wir das bei den Klein- und Mittelbetrieben nicht durchsetzen. Man muß einen anderen Weg finden.

Die SPD hat erklärt, sie brauche für eine Wahlrechtsreform den Beschluß eines Parteitags. Sie wird aber keinen Parteitag mehr haben in dieser Zeit. (*Kiesinger:* Brandt hat sich korrigiert und gesagt, wir werden in dieser Sache einen eigenen Parteitag einberufen.) Dann ist es gut. Für uns ist es so, daß wir auf dem nächsten Parteitag diese Frage zur Diskussion stellen und einen Beschluß herbeiführen müssen. Wir sind da terminlich gebunden. Wenn der Parteitag nicht spricht, wäre das schlecht. (*Dufhues:* Die Kommission wird ihre Arbeit im Herbst abschließen.)

Fay: Wir haben lange genug in der Partei über das Wahlrecht geredet. In Hessen werden wir wahrscheinlich ein Mehrheitswahlrecht bekommen,⁶⁹ das der SPD auf lange Zeit die Macht absolut sichert. Das ist die erste Frucht von unserem eifrigen Reden über diese Dinge.

67 Heinrich Albertz.

68 Ansprache Kiesingers am 16. November 1963 auf der Vertriebenenkundgebung der CDU auf dem Stuttgarter Killesberg, vgl. ACDP 01–226–466.

69 Seit dem 11. Mai 1966 debattierte der Landtag über den von der SPD-Fraktion eingebrachten Entwurf zur Änderung des Landtagswahlgesetzes (Drs. Abt. I Nr. 1801), vgl. Sten. Ber. des Hessischen Landtags 5. WP. 53. Sitzung S. 2453–2460. Erwin Lang, Vorsitzender der SPD im Hessischen Landtag, schlug im August 1967 die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts

Kiesinger: Wat dem einen sin Uhl, ist dem andern sin Nachtigall! Das würde aber sonstwo sehr zum Nachteil der SPD ausgehen.

Nun muß ich mich noch vorbereiten auf das Gespräch mit McGhee. Wir haben noch, wenn wir nunmehr die Aussprache zu meinem Bericht als abgeschlossen betrachten, als Punkt 2 der Tagesordnung die Landtagswahl in Niedersachsen zu behandeln. Das kann in meiner Abwesenheit geschehen. Dann kommt 3. Arbeit der Partei 1967/68. Hier würde ich noch gern dabei sein. Wir sollten also diesen Punkt vorziehen.

ARBEIT DER PARTEI 1967/68

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die erste Aufgabe, die wir in Angriff genommen haben, war die, die Finanzen einigermaßen in Ordnung zu bringen. Dabei kam uns zustatten, daß das Parteiengesetz verabschiedet ist⁷⁰, so daß uns am 1. Juli rückwirkend die Mittel zur Verfügung stehen, die unter dem Stichwort „laufende Rückvergütung von Wahlkosten“ gemeint sind.

Herr Seebohm und ich haben eine lange Aussprache mit den Herren gehabt, die die Spenden für uns organisieren. Dabei hat sich ergeben, daß wir für das laufende Jahr und für die Jahre bis zu den Wahlen eine feste Zusage für einen soliden Betrag erhalten haben, d. h., daß wir auf Bundesebene mit den Finanzen soweit sind, daß wir ab 1. Oktober wieder ordnungsgemäß von der Bundesgeschäftsstelle aus die Bundespartei bedienen können. Ich glaube nicht, daß es zweckmäßig ist, über die Finanzlage Einzelheiten auszuführen.

Anders scheint mir die Lage bei den Landesverbänden zu sein. Bei den Landesverbänden wird es in erster Linie darauf ankommen, die Möglichkeit, daß künftig Parteibeiträge bis zu 600 DM im Jahr steuerlich abgesetzt werden können – und zwar Kreisverband für Kreisverband – auszunutzen. Hier sehe ich eine solide Möglichkeit, die Arbeit unserer Kreisgeschäftsstellen zu finanzieren. Das ist deshalb nötig, weil wir über die Durststrecke der letzten 1½ bis 2 Jahre hinweg die Organisation in einem Teil der Landesverbände nicht haben aufrechterhalten können.

Das ist eine der ersten und wichtigsten Aufgaben, diese Organisation so schnell wie möglich wieder aufzubauen. Das wird nicht in allen Landesverbänden in gleicher Weise erfolgen können. Wir haben Landesverbände, wo man vermutlich zunächst daraufhin arbeiten muß, daß wir wenigstens solide besetzte Bezirksgeschäftsstellen bekommen; denn eine moderne Arbeit in der Partei läßt sich ohne hauptamtliche Kräfte nicht mehr durchführen. Das ist die zweite Aufgabe, die in erster Linie von den Landesverbänden durchzuführen sein wird, bei der aber der Bundesschatzmeister in engstem Zusammen-

vor, vgl. „Welt“ vom 27. Juli 1967 „Rätselraten der Opposition über SPD-Wahlrechtspläne“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 19. August 1967 „Neues Landtagswahlrecht in Hessen vorgesehen“; „Wetzlarer Neue Zeitung“ vom 18. August 1967 „Auch die CDU fordert eine Wahlkreisänderung“.

70 Verabschiedung des Gesetzes über die politischen Parteien am 28. Juni 1967, BGBl 1967 I S. 773. Vgl. auch Nr. 11 Anm. 61.

wirken mit den Landesschatzmeistern – was die Finanzierung betrifft – beteiligt sein wird.

Die Bundespartei wird mit Sicherheit ab 1. Oktober die Informationsdienste wieder zur Verfügung stellen können.⁷¹ Wir haben allerdings in einem Punkt eine nicht gerade sehr tröstliche Erfahrung gemacht. Wir haben den Versuch unternommen, einmal festzustellen, inwieweit ein Bedürfnis nach parteiinternen Informationen in unserer Partei vorhanden ist. Das Ergebnis war deprimierend. Es ist in der Partei fast niemand bereit, gegen Entgelt einen Informationsdienst zu abonnieren. Wir werden vermutlich wieder dazu übergehen müssen, diese Informationen von der Bundespartei im großen und ganzen kostenlos zu liefern. Das ist aber immerhin eine beträchtliche Ausgabe.

Vielleicht kann im Zusammenwirken mit den Landesverbänden – indem von den Landesverbänden auf die Kreisverbände eingewirkt wird in einer Werbeaktion – erreicht werden, daß wir hier eine Entlastung bekommen, weil wir die Erfahrung machen, daß Dinge, die man kostenlos ins Haus geliefert bekommt, im allgemeinen nicht als besonders wertvoll empfunden werden. Zu einer Sache aber, für die man Geld ausgibt, hat man im allgemeinen ein besseres Verhältnis.

Wir werden jetzt wieder die Aussprache mit den Verbänden und den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft aufnehmen können, die wir einstellen mußten, weil die Finanzen nicht zur Verfügung standen. Hier hat sich einiges angesammelt auf Bundesebene, was das Präsidium nach den Ferien fortlaufend erheblich beschäftigen wird. Wir werden davon Abstand nehmen müssen, für jede Gruppe mit dem ganzen Präsidium zur Verfügung zu stehen. Das ist ein zu großer Verschleiß an Einsatz und Zeit.

Diese Aussprache mit den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft soll sich aber nicht beschränken auf die oberste Repräsentanz der Bundesebene; wir meinen, daß diese auch auf der Landesebene und teilweise auch auf der Kreisebene erfolgen soll. Hierfür muß die Bundesgeschäftsstelle die Vorarbeiten in die Hand nehmen.

Wir sind dann – das ist die Hauptaufgabe bis zum nächsten Parteitag – mit den Vorarbeiten zum Aktionsprogramm⁷² soweit, daß die Kommissionen – mit wenigen Ausnahmen – ihre Arbeiten abgeschlossen haben. Wir werden die Ferienzeit dazu benützen, diese Arbeit der Kommissionen zu einem ersten Entwurf eines Aktionsprogramms zusammenzufassen, einem Entwurf, der dann den Ausschüssen wie den Vereinigungen der Bundespartei, dann den Landesverbänden und über die Landesverbände den Kreisverbänden zugestellt werden soll mit dem Auftrag, zu diesem ersten Entwurf Stellung zu nehmen. In welcher Weise das am besten auf der Kreisebene geschehen wird, das wird Gegenstand einer Besprechung mit den Landesvorsitzenden sein müssen.

71 Der UiD erschien von August 1966 bis September 1967 nicht, vgl. dazu UiD Nr.1 vom 5. Oktober 1967.

72 Vgl. dazu KLEINMANN S. 269–273. Die Zentralkommission konstituierte sich am 23. Februar 1967, 24 Unterkommissionen wurden eingerichtet. Am 21. Juli 1967 lagen ihre Endfassungen für das Aktionsprogramm vor (Vermerk Bilke an Kraske vom 21. Juli 1967 in ACDP 07–001 unverzeichnet Sekretariat Bilke).

Ich glaube, daß zu einem großen Teil der organisatorische Stand und die organisatorischen Verhältnisse auf der Kreisebene nicht so sind, daß man es in der üblichen Weise mit der Beratung des Aktionsprogramms versuchen könnte. Wir müssen dafür entsprechende Kommissionen auf der Kreisebene bilden, weil die Ortsgruppen zu schmal angelegt sind und es zu wenig Sachverständige dort gibt. Ich hoffe, daß wir bis zum Spätherbst das Aktionsprogramm den Landesverbänden und Kreisverbänden zustellen können, so daß die Winterzeit vom November bis Februar den Kreisen zur Verfügung steht. Danach muß das Ganze mit den Stellungnahmen hier auf der Bundesebene überarbeitet und zusammengefaßt werden.

Wir hatten dann eine erste Besprechung mit einigen Repräsentanten der kommunalpolitischen Arbeit, weil wir es für dringend notwendig halten, die kommunalpolitische Arbeit erheblich zu intensivieren. Nun ist es mit der kommunalpolitischen Arbeit in der Bundespartei so, daß sie teilweise vorzüglich funktioniert, aber es gibt auch hier weiße Flecken in der Bundespartei. Hier wird es notwendig sein, in der Spitze die Arbeit zu verstärken und auch qualitativ zu verbessern. Es ist auch daran gedacht, ein Kommunalpolitisches Institut mit wissenschaftlichem Charakter bei der Akademie in Eichholz anzuhängen⁷³ und von dort aus die Arbeit der Landesverbände mit Material zu bedienen; denn die kommunalpolitische Arbeit wird im großen und ganzen auf der Ebene der Landesverbände erfolgen und in den Kreisverbänden von den Landesverbänden her getragen werden müssen.

Von der Spitze her kann man nur wiederum mit der Zubereitung und Aufarbeitung der Materialien dienen. Gleichzeitig wird es notwendig sein, über diese Spitze auch den kommunalpolitischen Bereich in unsere personalpolitischen Überlegungen und Erwägungen einzubeziehen.

Dann werden wir unmittelbar nach den Ferien – dazu sind wir jetzt wieder in der Lage – die Arbeit der Parteifachausschüsse aufnehmen. Wir werden sie zu einem großen Teil wieder neu konstituieren müssen.

Das ist im großen und ganzen das, was für die Bundespartei an Arbeit in den Monaten bis zum nächsten Parteitag vorgesehen ist. Wir haben dann die Absicht, sobald wie möglich – eigentlich sollte heute eine Landesvorsitzendenkonferenz sein – mit den Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführern zu beraten, was wir tun können, was Landesverbände und Kreisverbände tun müssen, um über eine weitere Werbung von Mitgliedern zwei Dinge zu erzielen: 1. eine bessere personelle Besetzung unserer Kreisparteien, die wir einfach brauchen. (*Zuruf*: Die Jugend!) Das gehört dazu. Ich möchte die qualitative Verbesserung nicht ausschließlich auf die Jugend abstellen. Wenn wir in diesen Dialog Partei : Gruppen der Gesellschaft eintreten, muß sichergestellt sein, daß in der Partei der entsprechende Sachverstand zur Verfügung steht, sonst blamieren wir uns bei einem solchen Dialog. Hier ist ohne Frage notwendig, daß wir –

⁷³ Am 1. Oktober 1967 wurde die Bildungsarbeit in Schloß Eichholz bei Wesseling (Bildungsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung) durch das Institut für kommunalpolitische Bildung und Forschung erweitert (IkbF), vgl. BEAUGRAND S. 233–236.

wie soll ich sagen – manche Bereiche etwas auffrischen, die allzu sehr Residuen von braver Gesinnung mit verhältnismäßig wenig Sachverstand geblieben sind.

Diese Mitgliederwerbeaktion soll gleichzeitig gekoppelt sein mit dem Bemühen, über die Finanzierung hinaus noch einmal 600 DM steuerfrei zu haben, zu ermöglichen. Soviel zu dem, was für die Zeit bis zum nächsten Parteitag vorgesehen ist.

Seebohm: Ich darf noch ergänzend sagen, das Parteiengesetz ist im Bundesrat verabschiedet. Es ist bisher noch nicht unterschrieben. Ich möchte alle Stellen des Bundes bitten, das Parteiengesetz so bald wie möglich zu veröffentlichen. Das betrifft den, der die Zahlungsanweisung unterschreiben muß. Wir hoffen, daß wir das Geld bekommen. Was wir aus diesem Parteiengesetz herausbekommen werden als Rückzahlung für die Wahlen 1965, ist von den Banken festgelegt. Die Landesverbände können nicht damit rechnen, daß sie davon etwas ausgeben dürfen; das muß zur Schuldentilgung vorhanden bleiben, sonst sind wir bei den Banken in Schwierigkeit. Das andere sind die Mittel, von denen wir hoffen, daß sie als Vorauszahlung in diesem Jahr und in den kommenden Jahren anfallen werden für die Wahl im Jahre 1969. Wir hoffen, im August eine Ausschüttung vornehmen zu können. Ich habe vor einigen Wochen mit den Landesschatzmeistern über diese Sache beraten, um einen Schlüssel zu finden. Wir werden nach diesem Schlüssel, den wir zur Diskussion gestellt haben, verfahren. Ich bitte aber, daß sich die Herren von ihren Landesschatzmeistern unterrichten lassen, wie der Schlüssel sein wird, um zu sehen, ob sie eine bessere Idee für einen solchen Schlüssel haben.

Es können höhere Beiträge abgesetzt werden bei all denen, die Einkommenssteuer bezahlen. Das ist außerordentlich wichtig, und man muß es mit allem Nachdruck sagen und klarmachen. Wir werden uns darum bemühen in der Bundespartei. Ich habe den Landesschatzmeistern gesagt, daß ich sehr gerne bereit bin, in jeden Landesverband zu kommen und mit ihnen und den Kreisvorsitzenden über diese Probleme zu sprechen. Man muß es mir nur sagen. Ich kann die Organisation nicht machen. Die Verbände müssen wissen, wann sie mich brauchen.

Ich wäre dankbar, wenn auch von der anderen Seite jemand das Parteiengesetz unterschreibt – also nicht nur von der CDU –, weil man später damit besser arbeiten kann.

Kohl: Der Bundesvorstand darf nicht tatenlos an der Tatsache vorbeigehen, daß sich eine Vereinigung und eine quasi Vereinigung in der Öffentlichkeit den Kopf verhauen, die Sozialausschüsse und der Wirtschaftsbeirat. (*Zuruf:* Wirtschaftsrat!) Ich bin dafür, daß es ein Beirat wird. Wir haben, als wir in Braunschweig waren, im Bundesvorstand darüber gesprochen. Wir stehen in Rheinland-Pfalz vor der Frage einer Gründung einer solchen „Vereinigung“. Wir werden das aber nicht tun, bevor nicht der Status dieser Vereinigung völlig klar ist.

So wie es jetzt ist, ist das eine schlechte Sache. Es ist eine Institution, die für die Partei spricht, aber keinerlei Verantwortung trägt. Ich halte das für einen mißlichen Zustand. Es ist auch mißlich, daß die Sozialausschüsse solche Ansichten vertreten –ich sage nichts gegen die Ansicht, obwohl ich da völlig anderer Meinung bin –, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als gäbe es in der Frage der Mitbestimmung in der

CDU eine bestimmte Meinung. Diese Meinung ist aber bei uns noch nicht ausdiskutiert.

Herr Barzel hat das Verdienst, daß er diesen Antrag, der in der Fraktion eingebracht wurde⁷⁴ und der die interessierte Öffentlichkeit beunruhigte, weggebracht hat. (*Barzel*: Der ist beschlossen, aber er schwebt zwischen den beiden Koalitionsfraktionen.) In einer Zeitung stand aber, daß er zurückgezogen worden sei. (*Barzel*: Das war nur für ein paar Stunden.) Dann muß aber der Bundesvorstand eine klare Linie einnehmen. Das ist doch etwas, was die Wirtschaftsverfassung und die Gesamtverfassung der Bundesrepublik beeinflußt. Das muß hier ausgiebig diskutiert werden.

Ich finde es höchst betrüblich, wenn sich zwei Gruppierungen der CDU gegenseitig etwas vorrechnen, weil man – wie es hieß – Teile der Jungen Union eingekauft hat, weil man ihnen Geld gegeben hat usw. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Scheufelen*: Ich nicht!) Ich referiere nur das, was in der Öffentlichkeit gesagt worden ist.⁷⁵

Wir sollten also zu einem klaren Beschluß kommen. Es sollte eine öffentliche Diskussion solange unterbleiben, bis wir hier zu einer Regelung gekommen sind. Es wird vielleicht der Einwand kommen: Wir können das nicht beschließen. Nun, dann muß man andere Maßnahmen ergreifen. Es handelt sich um Leute, die in der Partei eine Funktion haben.

Nun hat die Bundestagsfraktion mit jungen Leuten und Studenten diskutiert.⁷⁶ Mir scheint das zu wenig zu sein. Wir sollten uns in diesem Zusammenhang noch einmal sehr stark und sehr intensiv darum kümmern, ob wir hier nicht zu einer Gruppierung kommen können. Wir sollten es tun, solange das Eisen heiß ist. Bei Diskussionen mit Studenten usw. wird uns der Vorwurf gemacht, daß sich die Ministerpräsidenten, die Kultusminister usw. kaum oder nur sehr wenig stellen, und daß wir sozusagen als Leute gelten, mit denen zu reden es sich gar nicht mehr rentiert.

Ich habe am letzten Sonntag in einer katholischen Akademie in Bayern auf einer Tagung, die über zwei Tage ging und sich mit dem Verhältnis Politik und Kirche befaßte, gesprochen. Ich habe dabei festgestellt, daß im Saal fünf bekannte Sozialdemokraten waren, aber von unserer Seite kein namhafter Mann. Ich beobachte das überall. (*Bewegung und Unruhe*.) Ich weiß aus einem anderen Gespräch, daß es z. B. viel leichter für eine Leitung ist, einen sozialdemokratischen Referenten zu gewinnen als jemand von

74 In der Fraktionssitzung am 30. Juni 1967 wurde der Antrag eingebracht und eine Arbeitsgruppe zum Minderheitenschutzgesetz eingesetzt. In der Sitzung am 7. Juli 1967 wurde ein Beschluß gefaßt. Die weitere Behandlung des Antrags wurde von Gesprächen in der Koalition abhängig gemacht. Vgl. ACDP 08-001-1014/1. – Vgl. auch „Süddeutsche Zeitung“ vom 3./4. Juni 1967 „Sozialausschüsse werden zurückgepfiffen“.

75 In verschiedenen Meldungen wurde behauptet, der Wirtschaftsrat habe der JU Hamburg Mittel zur Verfügung gestellt mit der Auflage, Veranstaltungen gegen die Mitbestimmung durchzuführen. Dagegen meldeten die Sozialausschüsse „schärfsten Protest“ an. Vgl. KNA vom 27. Juni 1967; „Capital“ Nr. 7 vom Juli 1967; „Echo der Zeit“ vom 2. Juli 1967.

76 Am 28. Juni 1967 fand die Diskussion zwischen Vertretern der CDU/CSU-Fraktion und den AStA-Vorsitzenden verschiedener deutscher Hochschulen statt, vgl. DUD Nr. 119 vom 29. Juni 1967 S. 4; „Welt“ vom 29. Juni 1967.

der CDU. Der vorpolitische Raum ist sehr wichtig. Das gilt für beide Kirchen. Im Augenblick jedoch scheint mir die Situation gefährlich im katholischen Bereich zu sein. Wir sollten uns heute darüber aussprechen, wie wir das bewältigen können.

Das geht aber nicht mit der althergebrachten Methode, daß zu einer Veranstaltung ein Verlegenheitsredner geschickt wird. So herrscht im Bund der Katholischen Jugend in der Bundesrepublik keine gute Stimmung. Sie sehen, meine Damen und Herren, wie wichtig das ist. Diese jungen Leute sagen: Die haben es nicht nötig, die kümmern sich nicht um uns. Wenn Sie einmal Umschau halten, dann stellen Sie fest, es sind immer die gleichen, die geschickt werden. Im Bundesvorstand sind soviel hochtrabende Persönlichkeiten, daß man mit einer vernünftigen Arbeitseinteilung dazu kommen müßte, daß mehr Leute ihr Profil zeigen. (*Unruhe und Bewegung.*) Herr Bundesschatzmeister, Sie haben über die Finanzierung gesprochen. Wir haben nun unser Wahlkampfkostengesetz verabschiedet. Die rheinland-pfälzische NPD ist dabei, gegen das Gesetz verfassungsrechtlich vorzugehen. Wir sollten irgendwie unsere Haltung abstimmen, damit wir wissen – bei uns geht es an das Landesverfassungsgericht –, daß wir uns gleichmäßig verhalten. Ich habe den Eindruck, daß in der Gesamtpartei unterschiedliche Meinungen vertreten werden.

Noch eine Frage! Herr Seebohm, wir haben schon mehrmals mit großem Aufwand und Begeisterung Mitgliederbeiträge beschlossen. Rührt sich etwas in der CDU dafür, daß sie einheitlich in der Bundespartei eingeführt werden? Wenn z. B. jemand auf den Gedanken käme, die Parteitagsdelegierten zu prüfen, ob sie auch Beiträge bezahlen im Sinne der von der Bundespartei verabschiedeten Bundesparteibeitragesatzung, dann käme er zu einem ganz kuriosen Ergebnis. Ich meine jetzt nicht den Landesverband Oder/Neiße, sondern die existenten Landesverbände.

Ich habe in den Wahlkämpfen erlebt, daß betuchte Leute aus einem Gebiet, das Ihnen nicht fremd ist, Herr Seebohm, in einem Vierteljahr 1,00 DM Beitrag bezahlen. Damit können Sie nicht einmal die Einladungen zu den Generalversammlungen finanzieren. Wenn wir das Parteiengesetz gemacht haben, dann müssen wir gegenüber der Öffentlichkeit die Behauptung widerlegen, es sei nur gemacht worden, um uns zu finanzieren. Wir müssen sagen, daß wir dabei an die innerparteiliche Demokratie gedacht haben. Es muß die Frage der Mitgliederbeiträge genannt werden. Ich bitte dringend darum, auch bei prominenten Parteimitgliedern keine falsche Scham oder Rücksicht zu üben. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Sie sollten darauf schauen, daß auch diese Leute ihren Beitrag zahlen, aber nicht einen solchen, der vielleicht gerade noch für einen Rentner gegeben ist. (*Seebohm:* Das müssen Sie dem Herrn Fricke sagen, der hier zuständig ist. – *Starke Unruhe.*) Ich habe überhaupt nicht an einzelne Teilgebiete gedacht. Es gibt noch größere Bundesländer, auf die es zutrifft. (*Seebohm:* Bei der ersten Zusammenkunft wollte ich nicht gleich die Frage der Mitgliederbeiträge anschneiden. – *Lebhafte Unruhe.*)

Scheufelen: Hinsichtlich der eben angesprochenen Frage, habe ich mich an den Bundesgeschäftsführer gewandt, er soll mich unterrichten, welche Möglichkeit mir zur Verfügung steht, um im Wege eines Parteigerichtsverfahrens gegen den betreffenden Herrn

vorzugehen. (*Unruhe und Bewegung.*) Das ist nicht in dieser Form klar geworden; jedenfalls bin ich nicht ausreichend beleidigt, (*Stürmische Heiterkeit.*) um dagegen vorzugehen. Herr Dr. Heck, Sie haben die Unterlagen von mir bekommen. (*Heck: Das ist geklärt.*) Herr Kraske hat mir geschrieben, welche Möglichkeiten es gibt, im Wege eines Parteigerichtsverfahrens gegen den Herrn vorzugehen.

Das zweite: Der Wirtschaftsrat hat beschlossen, Vereinigung zu werden⁷⁷, und zwar soll auf dem nächsten Parteitag die Frage der Vereinigung satzungsmäßig geklärt werden. Wir sind aber auch bereit, es früher durchzuführen. Aber es bestehen von seiten des Mittelstandskreises Bedenken dagegen. Der Wirtschaftsrat ist bereit. Es ist jedoch Sache des Bundesvorstands, die Argumente zu hören und dann zu entscheiden.

Heck: Ich habe versucht, diese vergiftete Atmosphäre zwischen dem Wirtschaftsrat und den Sozialausschüssen wieder auszugleichen. Es ist in der Tat so, daß man den Eindruck hat, als ob es auf beiden Seiten Leute gäbe, die ausgesprochen dankbar sind, wenn sie etwas Abträgliches über die andere Seite hören und das kolportieren können. Ich habe dem Herrn Orgaß⁷⁸, über den ich von Ihnen die Unterlagen bekommen habe, einen sehr deutlichen Brief geschrieben. Ich möchte Ihnen empfehlen, daß wir diese Sache in einer sehr direkten Aussprache erledigen zwischen Herrn Orgaß und Ihnen, zu der ich einladen möchte.

Ich glaube nicht, daß ein Parteigerichtsverfahren im gegenwärtigen Augenblick irgendwie der Sache dienlich wäre.

Zu den Sozialausschüssen! In Offenburg hat es die Leitung vermieden und es fertiggebracht, daß das Thema „Stellung des Wirtschaftsrats in der Bundespartei“ diskutiert wurde, und daß Anträge gestellt worden sind, wie ich überhaupt sagen muß, daß Leitung und Sozialausschüsse in Offenburg es gut gemacht haben.⁷⁹ So gab es schon anderthalb Stunden nach der Eröffnung die einhellige Zustimmung der Sozialausschüsse zur Mittelfristigen Finanzplanung. Das ist ja auch etwas wert, denn von der Seite her hätten wir erhebliche Schwierigkeiten bekommen können. Im übrigen ist alles das, was in der Offenburger Erklärung steht, global als ein Beitrag der Sozialausschüsse zum Aktionsprogramm deklariert worden. Auch was über die Mitbestimmung gesagt worden ist, sagt nicht alles aus, was im Kreis der Sozialausschüsse gedacht und überlegt wird. Im großen und ganzen haben sie sich auch hier korrekt verhalten und die Behandlung des Themas „Mitbestimmung in der Partei“ der dafür eingesetzten Kommission überlassen.

⁷⁷ Vgl. KLEINMANN S. 478.

⁷⁸ Gerhard Orgaß (geb. 1927), Volkswirt; 1953–1965 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU), 1961–1982 stv. Bundesvorsitzender der CDA, 1965–1976 MdB, 1977–1982 Generalsekretär des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung e. V.

⁷⁹ 12. Bundestagung der CDA in Offenburg am 8./9. Juli 1967. Ein von Gerhard Orgaß geleiteter Arbeitskreis legte eine „Offenburger Erklärung“ vor, die die zukünftige Gestaltung von Staat und Gesellschaft neu formulierte und als Grundsatzprogramm der CDA anzusehen ist. Vgl. KLEINMANN S. 280 f.

Kiesinger: Wir müssen einfach den rechten Umgangston miteinander wieder finden in unserer Partei. Hier werden nicht nur materielle, sondern auch geistige und ideelle Interessen vertreten. In einer so großen Volkspartei, wie wir sie sind, kann es nicht anders sein. Das müssen vor allen Dingen die führenden Männer sehen, daß man in der Sprache, aber auch im persönlichen Verhältnis zueinander findet. Man muß sich zusammensetzen, weil es verschiedene Auffassungen gibt.

Ich habe mich bemüht, das zu tun. Ich habe im Anfang mit Herrn Katzer einigen Ärger gehabt. Ich habe dann ein paar Aussprachen mit ihm herbeigeführt, und dann ist es besser geworden. Natürlich kann es vorkommen, daß jemand mich mißversteht, wenn er z. B. nicht den nötigen Humor aufbringt oder einen Gag nicht versteht. Ich hatte vor kurzem eine Geschichte, die mir von der SPD angelastet worden war. Ich sagte, wenn ich mich recht erinnere, ist das von Herrn Katzer gekommen, und der gehört zur CDU. (*Heiterkeit.*) Das sind also Kleinigkeiten, wenn da mal ein falscher Eindruck entsteht.

Es kommen immer wieder Meinungsverschiedenheiten vor. Das gilt für alle Bereiche. Wie könnte es anders sein in einer großen Partei; aber diese Gegensätze müssen wir aushalten und austragen miteinander. Das können wir nur tun, wenn wir ein bißchen Vertrauen zueinander haben. Deswegen bitte ich Sie, im Mittelbereich etwas zu tun. Wenn es uns gelingt in diesen kommenden schweren zwei Jahren, daß wir uns gegenseitig respektieren, daß wir die Geduld aufbringen, einander anzuhören und miteinander die Dinge in aller Ruhe durchzusprechen, daß keiner mit dem Kopf durch die Wand will – weil das ja letzten Endes immer nur dem Kopf schadet –, kommen wir einigermaßen hin.

Das hat sich immer wieder in der CDU bewährt. Ich bin nicht dafür, Fragen stehenzulassen, sondern ich bin dafür, daß wir sie wirklich austragen und, wenn notwendig, auch auskämpfen, aber kämpfen, wie man das unter Parteifreunden tun soll und tun muß. Dann kommen wir schon hin. Wenn so etwas passiert, dann muß sich der Betreffende auch entschuldigen. Das ist selbstverständlich. Man kann so etwas nicht einfach stehenlassen.

Ich werde jetzt weggehen müssen und habe nur noch die eine Bitte, wenn Sie jetzt hinausgehen, meine Damen und Herren, ganz egal, wohin Sie kommen, und dort Sorgen hören oder Ansichten, von denen ich gesprochen habe, dann sagen Sie klar, wie die Dinge liegen. Es sagen doch alle, die dabei gewesen sind, es ist das Optimum dessen, was wir herausholen konnten.

Draußen in den Landesverbänden und in den Ländern müssen unsere Ministerpräsidenten und Finanzminister jetzt den Mut haben, diesen konjunkturpolitischen Weg mitzugehen. Da hilft nichts anderes. Wenn wir da versagen, dann gute Nacht!

Deshalb ist es für mich betrüblich zu hören, daß in einem Land, wo die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder mitmachen würden, der CDU-Ministerpräsident aber nicht will. Deshalb bitte ich Sie, kümmern Sie sich darum. Im übrigen werde ich mich in der nächsten Zeit öfter direkt an unser Volk wenden. Gott sei Dank kann man das. Tun Sie es auch, jeder an seiner Stelle. Handeln Sie mit sicherer und ruhiger Gelassen-

heit. Lassen wir uns nicht anmerken, daß uns dieses Geschrei, das entstanden ist, allzusehr beeindruckt. Es braucht uns auch nicht allzusehr zu beeindrucken.

Wer hier mitgearbeitet hat, der weiß, wo es notwendigerweise unvollkommen ist, wo man vielleicht hätte Fehler vermeiden können, die gemacht worden sind, der weiß, daß unsere Bäume nicht in den Himmel wachsen, der weiß auch, was man in einer Großen Koalition machen kann, und was man nicht machen kann. Ich bin fest davon überzeugt, wenn wir uns auf diese Weise gelassen und entschieden zeigen in diesem Jahr, dann haben wir die „Schlacht“ auch hier gewonnen.

Wenn von Ihnen jemand glaubt, da oder dort wird ein falscher Kurs gefahren, dann bitte ich Sie, nicht lange zu fackeln. Rufen Sie gleich den Parteivorsitzenden oder den Generalsekretär an und sagen Sie direkt und unmittelbar, was Sie meinen, etwa so, wie es der Herr Kollege Fay gemacht hat zum Stoph-Brief.⁸⁰ Dafür bin ich dankbar. Ich sage mir, dieser Mann denkt mit und sorgt sich. Ich nehme also so etwas immer dankbar zur Kenntnis. Ich muß immer wieder lernen, und die Verantwortung ist so ungeheuer groß und schwer, daß jemand ein Narr wäre, wenn er glaubt, er könne das alles allein aus der Hand machen. Je fester, ruhiger, gelassener und geschlossener wir nach draußen sind, desto besser ist es für uns. Es gibt verschiedene Formen der Auseinandersetzung. Ich habe es sehr begrüßt – ich will es extra noch einmal besonders hervorheben –, daß man in Offenburg vernünftig genug war, diese Geschichte so zu überschreiben, wie es geschehen ist, nämlich als einen „Beitrag der Sozialausschüsse zur Diskussion des Parteiprogramms der CDU“. Das ist völlig korrekt. Das kann niemand übelnehmen. Die Leute werden es begreifen, daß man innerhalb der CDU über diese Dinge redet und auch einmal die Kräfte mißt. Daran hat es doch in der Vergangenheit gefehlt.

Wir haben nun die Voraussetzungen geschaffen. Die heutigen Beratungen zeigen doch, wie gut es war, daß wir uns hier etwas Luft gemacht haben. Das ist jetzt ein ganz anderes Gremium. Man kann ganz anders miteinander sprechen über das, was geschehen muß, als wenn der Saal voll besetzt ist.

Ich darf noch eine Bitte äußern zum Verhalten gegenüber der SPD. Es gibt einen Teil unserer Freunde, die meinen – der Herr Luda war es –, die Wirtschaftspolitik werde von der SPD gemacht. Ich habe dem Herrn Kollegen Schmücker bewußt den Auftrag gegeben, er soll ganz speziell auf seiner Seite aufpassen, wie die Dinge laufen und mir sagen, wenn da etwas schief läuft. Wenn er nun nicht allzu viel protestiert hat in diesem Zusammenhang, dann doch nicht deswegen, weil er es nicht gewagt hat oder nicht gekonnt hätte, sondern deswegen, weil er zu dem, was Herr Schiller gesagt hat, nach seiner Erfahrung und Meinung ja sagen mußte.

Die Tatsache, daß der eine dieses Ressort hat und der andere jenes, bedeutet doch nicht, daß auf diesem Gebiet nur CDU-Politik und auf dem anderen Gebiet nur SPD-Politik gemacht wird. Die Behandlung der SPD – das dürfen Sie mir glauben – ist wirklich eine ganz schwere Sache. Ich habe nicht alles erzählt, weil die Gefahr besteht, daß

80 Der Brief Fays an Kiesinger datiert vom 12. Juni 1967, die Antwort Kiesingers vom 10. Juli 1967, vgl. ACDP 01-145 Mikrofilm Nr. 17.

es irgendwie an die Öffentlichkeit gerät. Was ich da in den letzten Wochen an psychologisch-therapeutischer Arbeit zu vollbringen hatte, das war schon allerlei. Haben Sie also das Vertrauen, daß wir es einigermaßen richtig machen. Dabei kann es durchaus einmal vorkommen, daß der eine oder andere meiner Kollegen den Eindruck bekommt, daß ich gelegentlich ein ernstes Wort sage, und daß ein CDU-Mitglied härter angepackt wird als ein SPD-Mitglied.

Aber Sie dürfen davon überzeugt sein, die SPD wird nicht geschont in diesen Auseinandersetzungen. Nur muß man natürlich einen so verwundbaren und am Rande wirklich des gerade noch Erträglichen existierenden Partner sorgsamer behandeln. Diese Leute sind z. T. am seelischen Zusammenbruch von Zeit zu Zeit; so schwer ist der Druck, der auf ihnen lastet, daß sie ein bißchen Zutrauen psychologischer Art benötigen.

Auch die gesamtdeutsche Politik macht nicht Herr Wehner. Nichts ist geschehen, nichts wird geschehen, was ich nicht mit meiner eigenen Konzeption vertreten und abstimmen kann. Durch alles das, was er getan hat, kann nicht der Eindruck entstehen, als gäben wir in unserem Entschluß nach. Es gibt zwar jedesmal eine Aufregung und eine Szene, wenn eine solche Anregung nicht aufgenommen oder eine anderslautende Formulierung gewählt wird, aber das muß ich eben dann von Fall zu Fall durchstehen. Wie leicht kracht so ein Gebäude, wie wir es notwendigerweise haben bauen müssen mit diesen mühseligen Verhandlungen, zusammen. Dann ist nicht nur die SPD die Leidtragende, sondern dann sind wir es auch. Unser Volk hat sein Vertrauen darauf gesetzt, daß diese Regierung das Wichtigste schaffen wird. Deshalb bitte ich Sie, meine Damen und Herren, nicht gleich zu glauben, wenn nun der eine oder andere der SPD-Leute etwas sagt, das treffe nun für alle zu. Wir haben doch das Heft in der Hand, und wir geben es auch nicht aus der Hand. Im übrigen kann ich nur noch einmal sagen, daß bei der SPD im großen und ganzen, auch in der Führungsmannschaft, viel guter Wille vorhanden ist. Das sieht man immer wieder bei den Verhandlungen.

Wenn sich gelegentlich mal einer Luft macht – das tun leider unsere Leute auch –, dann sollte man dies nicht allzu tragisch nehmen. Mein Ziel ist es, die Dinge zu erreichen, die wir uns vorgenommen haben: Haushaltssanierung, Ankurbelung der Wirtschaft, Finanzverfassungsreform, Wahlrechtsreform – wenn es sein soll und muß. Wenn wir das geschaffen haben, dann haben wir in der uns zur Verfügung stehenden Zeit genug geleistet. Dann wollen wir sehen, daß wir im Jahre 1969 nicht den Kürzeren ziehen. Deshalb haben wir auch keinen Grund, nun irgendwie nervös zu sein.

Noch ein Wort zur Frage der Strukturproblematik an der Ruhr! Ich habe Herrn Dufhues gebeten, mich persönlich in dieser Frage zu beraten. Ich werde das formell veröffentlichen. Ich muß hier eine gute Grundlage haben. Ich habe in der Vergangenheit schon Gespräche über diese Frage geführt. Ich werde auch andere Freunde, so den Herrn Kollegen Meyers, aus dem Land zu Rate ziehen. Ich will also der CDU soviel wie möglich zuspülen.

Teile der SPD haben ganz offensichtlich die Tendenz, das Problem über das Jahr 1969 hinaus zu verschleppen. Dahinter vermute ich, meine Damen und Herren, folgen-

de Rechnung: Wenn das Ruhrproblem bei der Bundestagswahl noch nicht gelöst ist, dann wirkt sich das gegen die CDU und nicht gegen die SPD aus. Wir wollen auch unserem Freund Röder helfen. Das ist ein kleineres Problem an der Saar, aber auch ein nicht unwichtiges Problem.

So sehe ich im Moment die Lage. Je ruhiger die Führungskräfte der CDU hier und draußen im Land wirken, desto besser wird es gehen.

Fricke: Die steuerschwachen Länder haben enorm schwierige Probleme. Wir haben in unserem Land eine neue Verschuldung von 1 Mrd. DM. Wir können unmöglich – was gestern durch die Zeitungen ging – vom Land ein Drittel finanzieren. Man müßte es schon individuell machen.

Kiesinger: Man kann nicht alles über einen Kamm scheren. Das ist klar. Nur muß eben ein bißchen Mut zum Springen auch da sein, sonst schaffen wir es nicht. (*Starke Unruhe.*) Herr Schmücker, Sie haben ausgeführt, Sie wüßten nicht, mit wem Sie sprechen sollen. Das ist eine Frage, die wir heute in dieser Bundesvorstandssitzung nicht behandeln können. Das sollten wir zunächst im kleinen Kreis besprechen und dann hier im Bundesvorstand behandeln. Nun müssen Sie mir aber erlauben, meine Damen und Herren, mich zurückzuziehen, um von Herrn McGhee zu hören, was man in Washington denkt. (*Lebhafter Beifall.*)

Heck: Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Der Bundesvorstand soll bestimmen, wer als Gast zu den Sitzungen des Bundesvorstands kommen darf.

Heck: Das kommt noch. Ich darf nun zu den einzelnen Punkten, die Herr Kohl angesprochen hat, etwas sagen.

Die Aussprache mit den Studenten ist bei uns wesentlich besser verlaufen als bei den Sozialdemokraten. Das Ganze fing auch bei uns damit an, daß eine kleine Avantgarde giftig und sehr spitzfindig zu sprechen anfing. Aber der Fraktionsvorsitzende hat sich nicht reizen lassen, sondern er hat mit geduldiger Höflichkeit die Sache durchgestanden. Dann hat sich gezeigt, daß der größere Teil der Studenten sich von dem AStA-Vorsitzenden mit seiner arroganten Art distanziert hat. Es war also die Schlacht eigentlich schon geschlagen, als der Herr Bundeskanzler selber gekommen ist.

Hier hat sich eine kleine Geschichte abgespielt, die sehr symptomatisch ist. Der Vorsitzende des VDS⁸¹ sprach den Bundeskanzler mit „Herr Kiesinger“ an, (*Kohl:* Die hatten das abgesprochen!) worauf die Versammlung mit Zischen reagierte und eine Stimme aus dem Hintergrund rief: Sagen Sie doch gleich Kurt Georg!

Der gleiche Vorsitzende meldete sich dann eine halbe Stunde später noch einmal zu Wort und redete den Bundeskanzler mit „Herr Bundeskanzler“ an. (*Barzel:* Worauf wieder gezischt wurde von der anderen Seite! – *Heiterkeit.*) Es ist in Aussicht genommen, meine Damen und Herren, diese Aussprache fortzusetzen. Man muß hier ein vernünftiges mittleres Maß halten, und es darf nicht so sein, daß bei den Studenten nun auf einmal die ganze Repräsentanz des Staates auf Kommando antritt. (*Zurufe:* Sehr rich-

81 Hans Joachim Haubold.

tig!) Man sollte sich der Aussprache durchaus stellen, aber man darf nicht bei solchen Versuchen von kleinen Gruppen her die erste Repräsentanz des Staates ein bißchen Spießbruten laufen lassen. Solche Geschichten sollten wir nicht mitmachen. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Kohl*: Herr Heck, ich habe aber von der Partei gesprochen, nicht von der Repräsentanz des Staates!) Nun, Herr Kohl, das ist doch bei uns ein bißchen nahe beieinander.

Barzel: Es war mehr eine Parteisache dadurch geworden, daß wir unsere Kultusminister aus den Ländern herangezogen hatten. Man muß natürlich Bedacht darauf nehmen, daß nicht diese Studentenschaft – durch radikale Studenten angefeuert – zu dem von uns anerkannten Sprecher der deutschen Universitäten wird. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir müssen das Gespräch mit den Professoren und Rektoren pflegen, meine Damen und Herren. Das ist im wesentlichen eine Angelegenheit der Partei. Die Fraktion wird hier – wie auch sonst – hilfreich Befehle entgegennehmen.

Ich möchte von der Fraktionsebene her noch folgendes andeuten: Wir haben die Vertreter der beiden Kirchen eingeladen zu Gesprächen mit der Fraktionsführung für Ende September/Anfang Oktober.⁸² Mir geht es dabei um folgenden Wunschtraum: Ich hoffe, daß es in diesen Gesprächen mit den Vertretern der Kirchen möglich sein wird, auf dem Gebiete der Strafrechtsreform in zwei oder drei Punkten soviel Klarheit zu schaffen, daß wir, bevor wir dazu gezwungen werden und bevor die öffentliche Meinung diese Sache diskutiert, von uns aus eine Position beziehen können.

Die Sache mit der Mitbestimmung ist leider untergegangen in der Presse, weil es Freitag abend war.

Die Beschlußfassung der Fraktion sieht vier Teile vor: 1. Kürzungen, 2. Verbesserungen, 3. Konjunkturhaushalt und 4. Zusammenhänge. Der vierte Teil – Zusammenhänge – ist untergegangen.⁸³ Dann haben wir noch einmal zur Mitbestimmung beschlossen: Die Fraktion wartet ab, bis der Sachverständigenbericht der Bundesregierung vorliegt. Das habe ich auch in Offenburg gesagt.

Wir haben dann noch eine Frage auf dem Tisch – sie war Gegenstand der Besprechung im Parteipräsidium – unter der Überschrift: Betriebsverfassungsgesetz – Minderheitenschutzverbesserung.⁸⁴ Das ist ein Wunsch, den die DAG hat.

Die Partei, die Fraktion und der Kanzler stehen im Wort, diesen Minderheitenschutz zu verbessern. Das hört sich zwar gut an, aber es ist in Wirklichkeit ein Anti-DGB-Gesetz. Das bedeutet, daß in dem Augenblick, wo wir das einbringen – sei es durch eine Gruppe, sei es durch die Fraktion –, von der Sozialdemokratie etwas anderes einge-

82 Fraktionssitzung vom 7. Juli 1967: Entwurf für die Beschlußfassung zu den Berichten des Bundeskanzlers und des Bundesministers der Finanzen über die konjunktur- und haushaltspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung, vgl. ACDP 08-001-1014/1. Vgl. auch DUD Nr. 126 vom 10. Juli 1967 S. 3f.

83 Vgl. Anm. 74.

84 Vgl. Protokoll der vierten Sitzung des Präsidiums der CDU am 17. Juli 1967 S. 4 (ACDP 07-001-053/2). Vgl. auch DUD Nr. 174 vom 14. September 1967 S. 4.

bracht werden wird. Das ist also hier die große Schwierigkeit, meine Damen und Herren!

Wir haben jetzt einen Fraktionsbeschluß über den Minderheitenschutz, der aber unwirksam ist, weil wir noch ein Gespräch mit dem Koalitionspartner führen müssen. Wenn der Koalitionspartner nein dazu sagt, gibt es eine neue Lage für uns. Wenn er sagt, laßt es laufen, könnte wieder eine neue Situation eintreten.

Wir haben den Herrn Bundeskanzler als Parteivorsitzenden gebeten, wegen der Zusammenhänge der Dinge Ende September ein Gespräch mit den Initiatoren herbeizuführen.

Heck: Wird das Wort noch gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir zum Punkt 2 Landtagswahl in Niedersachsen⁸⁵ übergehen. – Das Wort hat Herr Fricke.

LANDTAGSWAHL IN NIEDERSACHSEN

Fricke: Die SPD-Presse hat bei uns erhebliche Schwierigkeiten. Die „Hannoversche Presse“ hat sich entschließen müssen, 14 Kopfblätter radikal einzuziehen. Das hat zur Folge, daß die uns nahestehende Provinzpresse ein starkes Übergewicht bekommt, bei allen Schwierigkeiten, die sonst vorhanden sind.

Die Frage ist, was kann geschehen bei der Umschichtung der Werbeeinnahmen dieser unabhängigen Provinzpresse, die für uns lebenswichtig ist?

Eine andere Frage! Was würden Sie sagen, Herr Barzel, wenn ein FDP-Kollege zur CDU-Bundestagsfraktion käme? (*Zuruf:* Wenn Herr Dorn⁸⁶ kommt, würde ich sagen: Nein. – *Lebhafte Unruhe.*) Ich hatte am Sonnabend den Besuch des Bezirksvorsitzenden der FDP aus Süd-Hannover⁸⁷, ein ausgezeichnete junger Politiker, 36 Jahre alt, unabhängig. Er ist ausgetreten.

Nun bin ich in der Mittagspause von unserem Freund Ernst Lemmer gefragt worden, Ihr habt früher 62 Abgeordnete gehabt, jetzt habt Ihr nur 63? Wie kommt das? Ihr habt doch so zugenommen? Die SPD hatte 73, sie hat jetzt 66. Dazu muß man wissen, daß das ein schiefes Bild war, weil 1963 ungefähr 230.000 Stimmen untergegangen sind. Es gab eine große Menge Überhangmandate.

Die echten Vergleichszahlen lauten wie folgt:

1963	1967	
73	66	SPD
58	63	CDU

⁸⁵ Am 4. Juni 1967.

⁸⁶ Wolfram Dorn (geb. 1924), Kaufmann; 1954–1961 und 1975–1980 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1961–1972 MdB, 1968/69 stv. Fraktionsvorsitzender, 1969–1972 (Rücktritt) Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

⁸⁷ Vermutlich Richard Ey (1923–1990), Landwirt; 1952 Bürgermeister von Quernheim, 1956 Mitglied des Kreistags Grafschaft Diepholz (FDP), 1963–1973 MdL Niedersachsen, am 21. Februar 1967 Wechsel zur CDU, 1972–1980 MdB.

Es ist bei 1.493.000 CDU-Stimmen nur an 1.300 Stimmen gescheitert, ein zusätzliches Mandat zu erringen. Wir hätten dann 64 und die SPD hätte 65 gehabt. Die Verteilung ist bei uns etwas belastend geworden. Wir haben noch keine Korrektur der Wahlkreise vorgenommen. Es gibt Kreise bei uns, in denen man mit 9.300 Stimmen das Mandat direkt gewinnt, in anderen Kreisen verliert man sogar noch mit 21.000 oder 24.000 Stimmen. Für ein Mandat sind in den einzelnen Städten folgende Stimmzahlen erforderlich:

Stade	15.500
Lüneburg	20.000
Hannoverscher Bezirk	25.000
Oldenburg	23.500
Osnabrück	28.300
Braunschweig	29.400
Hildesheim	27.500
Aurich	30.000

Alles in allem ist der Wahlkampf sachlich geführt worden. Es hat Stimmen gegeben, die gesagt haben, es fehlt Pfeffer und Salz. Das ergab sich aber aus der Tatsache, daß wir zwei Jahre nach der Konkordatskrise⁸⁸ mit der SPD in einer guten sachlichen Zusammenarbeit standen. (*Kohl*: Die Koalition war vorher schon fertig gewesen. Das ist behauptet worden.) Das stimmt nicht. In dem neuen Koalitionsabkommen steht, daß wir nach einer Wahl in vier Jahren, falls sich die Zusammenarbeit bis dahin bewährt, zuerst miteinander sprechen wollen, das bedeutet aber keinerlei Bindung. (*Kohl*: Es war ein Vorvertrag!) Es war keine Bindung. Es gab keine andere Lösung nach unserer Auffassung. Daß man die zehn NPD-Leute nicht mitnehmen konnte, war ganz klar. Trotzdem gab es die revolutionäre Gruppe von der SPD, die ernstlich das Gespräch mit der FDP verlangte. Die FDP machte sich schon Hoffnungen. Wir haben in der Verhandlungskommission zur SPD gesagt: Heil und Sieg, übernehmt Ihr diese Rolle des Konkursverwalters mit der FDP auf Euch. In der SPD-Führung dachte niemand ernstlich daran. Unsere Fraktion hat sich trotz ihrer Verjüngung um mehr als 40% ... (*Kohl*: Warum sagen Sie, trotz Verjüngung der Fraktion?) Nein, nein, so meine ich es nicht. Bei den Ministern gab es keine Diskussion. Die alten wurden wieder im Amt bestätigt und auch von anderer Seite akzeptiert, obwohl es auch Pläne bei der SPD gab, uns den Kultusminister streitig zu machen und Herrn Langeheine das Finanzministerium zu geben. Aber wir haben gesagt, das kommt nicht in Frage. Wir haben also rebus sic stantibus verhandelt.

⁸⁸ Das Konkordat war am 26. Februar 1965 abgeschlossen worden (AdG 1965 S. 11731f.) Vgl. Nr. 1 Anm. 57 und 59.

Bei der NPD ist Bubi von Thadden⁸⁹ Fraktionsvorsitzender. Er ist aber sehr sachlich im Gegensatz zu Hedergott, der immer herumtobt. Dort ist auch noch Frau Schramm⁹⁰, die Gattin des Historikers Schramm⁹¹.

Eine Gruppe von jungen Leuten, vor allem Gewerkschaftler, revoltieren gegen das Regiment der SPD in der Odeonstraße in Hannover, wo auch Herr Schumacher⁹² gearbeitet hat. Wir sind jedenfalls ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Über unsere Schulen müssen wir jetzt hinwegkommen mit dem Wahlkampfkostengesetz. Wir haben in Niedersachsen für 1 Mio. Bankkredite aufgenommen, um diese Wahl vorzufinanzieren. Wir haben je Wahlkreis 5.000 DM gegeben und den Rest in der Zentrale gelassen. Wir haben noch nicht ein Drittel der Inseratkosten wie die SPD gehabt.

Wir werden rund 2,9 Mio. bekommen. Von Thadden hat angekündigt, daß die NPD Klage erheben werde. Die SPD hatte eine enorme Reklame gemacht und mindestens das Anderthalbfache, wenn nicht das Doppelte an Werbungskosten aufgewandt als wir. Unter diesen Aspekten ist das Wahlergebnis für uns immerhin erfreulich. Vor acht Jahren hatten wir 38,7% der Stimmen, damals noch gegen DP und BHE, vor vier Jahren waren es 37,7%, und jetzt sind es 41,7%.

Seebohm: Wir haben einen guten Erfolg gehabt. Den Wahlkreis Hannover konnten wir direkt gewinnen.⁹³ Wir haben auch in der Stadt Osnabrück gewonnen mit einer aufgestellten Frau.⁹⁴ (*Kohl:* Sie haben gewonnen mit einer aufgestellten Frau! – *Große Heiterkeit.*) Mit einer von uns aufgestellten Dame. (*Erneute Heiterkeit.*) Daß diese Frau durchgekommen ist, ist eine spezielle Leistung von ihr selbst. Ich möchte das besonders unterstreichen. Wir haben nach der Methode Kohl gearbeitet, nämlich durch Ansprechen der Wähler, und zwar mit großem Erfolg. Es ist also so, daß auch Frauen ihren Wahlkreis selbst bei ungünstigen Umständen gewinnen können.

Heck: Ein paar Angaben, die sich aus der Analyse ergeben haben und die für alle Landesverbände interessant sind, weil es parallele Beobachtungen gibt oder gegenläufige Bewegungen. In Niedersachsen scheint sich nicht viel geändert zu haben. Man stellt fest, BHE und DP sind von der Bildfläche verschwunden. Die NPD ist erschienen. Die SPD hat 1,7% abgenommen, die CDU hat 4% zugenommen.

89 Adolf von Thadden (1921–1996), Journalist; 1947–1964 Mitglied der DRP (1961–1964 Vorsitzender), 1948–1960 Mitglied des Göttinger Stadtrats, 1949–1953 MdB, 1955–1959 und 1967–1970 MdL Niedersachsen (ab 1964 NPD), 1967–1971 Bundesvorsitzender der NPD, 1975 Austritt aus der NPD.

90 Ehregard Schramm (1900–1985, geb. von Thadden-Trieglaff), Lehrerin; 1953–1956 Ratslerin in Göttingen (FDP), 1956 Austritt aus der FDP und 1957 Eintritt in die SPD, 1959–1967 MdL Niedersachsen.

91 Prof. Dr. Percy Ernst Schramm (1894–1970), Historiker; 1929–1963 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte in Göttingen.

92 Dr. Kurt Schumacher (1895–1952), Redakteur; 1918 SPD, 1924–1931 MdL Württemberg, 1930–1933 MdR, 1933–1945 Verhaftung und Inhaftierung im Konzentrationslager, 1946–1952 Vorsitzender der SPD, 1949–1952 SPD-Fraktionsvorsitzender und MdB. Vgl. Peter MERSEBURGER: *Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher. Eine Biographie.* Stuttgart 1995.

93 Ferdinand Wallbrecht im Wahlkreis Hannover-Mitte.

94 Gewählt wurde Ursula Flick (geb. 1924), Mitbegründerin des RCDS, 1967–1986 MdL.

Wenn man das Wahlergebnis etwas differenzierter betrachtet, dann sieht man, daß in Niedersachsen sehr unterschiedliche Bewegungen im Gange waren oder sind. Die SPD hat ihre Verluste im großen und ganzen in den Großstädten gehabt. (*Fricke*: Zu 40%.) Offensichtlich ist ein Teil der SPD, nämlich der linke Flügel, in das Nichtwählen ausgewichen. Gegenüber allen Prognosen ist die große Koalition in Niedersachsen nicht un-sympathisch von der Bevölkerung aufgenommen worden. Mit der großen Koalition hat offensichtlich eine sachliche Arbeit eingesetzt. Es ist der CDU gelungen, sich als solide Partei zu erweisen.

Die große Koalition in Niedersachsen wurde durch die Große Koalition in Bonn offensichtlich bestätigt, so daß man in Niedersachsen den Eindruck hatte, daß sie eigentlich den Vortrupp dieser Entwicklung darstellt.

Man muß feststellen, daß die Gewinne der CDU im großen und ganzen in den nördlichen Bereichen liegen, wo früher die DP sehr stark gewesen ist, und wo auch zum großen Teil die BHE-Wähler von der CDU aufgesogen worden sind.

Interessant und wichtig ist noch folgendes: Der NPD ist es gelungen, die ausgesprochen radikalen Wähler an sich zu ziehen. Was man so rechtskonservativ nennen kann, hat sich abgesetzt von den radikalen Leuten und ist als Wählerschaft bei der CDU untergekommen.

Eines ist sehr interessant; in Niedersachsen ist das Wahlverhalten katholischer Wähler im Verhältnis zur NPD anders als in Hessen und in Rheinland-Pfalz. In Niedersachsen hat auch ein beträchtlicher Teil katholischer Wähler NPD gewählt. Es sind im Durchschnitt 4% in diesen Wahlkreisen.

Unsere Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle sind der Auffassung, daß dies im Emsland auf die dortige Arbeitslosigkeit und Unsicherheit zurückzuführen ist. Auch hier bestätigt sich wieder die alte Erfahrung, daß extreme und radikale politische Gruppen eigentlich das Geschäft machen, wenn Schwierigkeiten eintreten.

Lemmer: Es ist sehr interessant, daß bei den Wahlen in Berlin und in Niedersachsen der linke Flügel der SPD nunmehr FDP gewählt hat. Die Verluste der FDP wären noch größer gewesen, wenn sie nicht von dem halbkommunistischen Flügel der SPD Zuwachs bekommen hätte. (*Heck*: Das kann man nicht mit Sicherheit, aber doch mit Wahrscheinlichkeit auch von Niedersachsen sagen.) Das sage ich doch! In Kreuzberg, einem ganz roten Bezirk, hat die FDP zugenommen, während sie sonst in Berlin, vor allen Dingen in den Arbeitervierteln, beträchtlich verloren hat. Günter Grass⁹⁵ hatte Parole gegeben – insbesondere an die Halbstarke(n) –, FDP zu wählen.

Heck: Meine Damen und Herren! Wenn sich niemand mehr zum Wort meldet, können wir damit die Aussprache über die Landtagswahl in Niedersachsen abschließen. Sie sind damit einverstanden.

Ich möchte nun noch ein paar Formalien erledigen. Diese Dinge sind im Präsidium besprochen worden.

95 Günter Grass (geb. 1927), Schriftsteller, Bildhauer und Graphiker; 1999 Nobelpreis für Literatur.

VERSCHIEDENES

Es handelt sich zunächst um die Frage, wer künftig an den Sitzungen des Bundesvorstands teilnehmen soll. Sie wissen, daß drei Vorsitzende von Vereinigungen nicht mehr in den Vorstand gewählt worden sind, nämlich Herr Katzer, der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Herr Klepsch, der Vorsitzende der Jungen Union, und Herr Landrat Jansen, der Vorsitzende der KPV. Das Präsidium empfiehlt dem Bundesvorstand:

1. Künftighin diese drei Herren zu den Vorstandssitzungen als Gäste einzuladen. Ich glaube, daß dies für die Zusammenarbeit in der Partei nützlich ist. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich feststellen, daß der Vorstand damit einverstanden ist.

2. Es gibt weiter eine Absprache zwischen der CDU und der CSU, daß wir den Vorsitzenden und den Generalsekretär der CSU zu unseren Vorstandssitzungen einladen, und die CSU umgekehrt, den Vorsitzenden und den Generalsekretär der CDU zu ihren Vorstandssitzungen. Das ist bisher nicht so strikt geregelt gewesen. Ich halte es für richtig, so zu verfahren, daß also der Vorsitzende und der Generalsekretär eingeladen werden. (*Zurufe:* Aber nur die beiden!) Nur die beiden; es gibt keine Vertretung. Das scheint mir sehr wichtig zu sein. (*Seebohm:* Es dürfen sich auch die Gäste nicht vertreten lassen.) Das ist klar. Dann kann ich auch hier feststellen, daß der Vorstand damit einverstanden ist.

3. Es waren früher immer die Abteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle in den Bundesvorstandssitzungen anwesend. Bei 70 Vorstandsmitgliedern spielte es keine Rolle mehr, ob noch zehn Leute zusätzlich da waren. Wir sind aber der Meinung, daß wir jetzt den Vorstand kleinhalten und die Anwesenheit von Mitarbeitern beschränken sollten: a) auf den Sprecher der CDU, Herrn Rathke; er muß dabei sein, weil er die Presse orientiert, b) entsprechend einer Absprache zwischen Fraktion und Partei, daß es auf Gegenseitigkeit gemacht wird, Herrn Dr. Ackermann⁹⁶ für die Fraktion.

Es ist noch zu klären, wer vom Bundeskanzleramt teilnehmen soll. Heute waren anwesend die Herren Selbach⁹⁷ und Hange⁹⁸. Ich bin persönlich der Meinung, daß es auch für den Herrn Bundeskanzler genügt, wenn nur einer seiner Mitarbeiter hier teilnimmt. Ich würde ihm das mitteilen, wenn Sie einverstanden sind. (*Hange:* Es ist so, daß wir als Abteilungsleiter hier sind.) Wir sollten es dem Bundeskanzler überlassen. Soviel ich

96 Dr. Eduard Ackermann (geb. 1928), Journalist; 1957 Mitarbeiter und 1958–1982 Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, 1982–1994 Leiter der Abteilung V (gesellschaftliche und politische Analysen, Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit) im Bundeskanzleramt. Memoiren: Mit feinem Gehör. Bergisch-Gladbach 1994.

97 Dr. Josef-Wilhelm Selbach (geb. 1915), 1950–1969 im Bundeskanzleramt u. a. Leiter des Persönlichen Büros des Bundeskanzlers, 1963–1967 Persönlicher Referent Adenauers, 1969–1983 Vizepräsident des Bundesrechnungshofs.

98 Franz Hange (geb. 1921), Journalist; 1949–1966 Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur (dpa), 1965 Wechsel ins Bundeskanzleramt, Pressereferent bei den Bundeskanzlern Erhard und Kiesinger, 1969–1987 Mitarbeiter im Bundespresseamt (u. a. Leiter des Besucherdienstes und Chef vom Dienst).

weiß, ist Herr Hange vom Bundeskanzleramt mit der Verbindung beauftragt. Ich kann feststellen, daß der Bundesvorstand damit einverstanden ist.

Herr Professor Dr. Burgbacher hat ein Schreiben an mich gerichtet, er wünsche eine Bestätigung, daß seine Entlastung durch die Neuwahlen in Braunschweig erfolgt sei. Ich glaube, man kann davon ausgehen, daß man hier nicht zu warten braucht, bis der nächste Bundesparteitag stattfindet und dies auch nicht dem Parteiausschuß vorgetragen werden muß. (*Zustimmung.*) Ich kann also feststellen, daß der Vorstand der Auffassung ist, mit der Neuwahl von Herrn Seebohm ist die Entlastung des Herrn Burgbacher ausgesprochen.

Meine Damen und Herren! Ich darf nun die Entschließung vorlesen:

„Der Bundesvorstand der CDU trat heute in Bonn zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Bundeskanzler Dr. Kiesinger unterrichtete den Bundesvorstand über seine Gespräche mit Präsident de Gaulle, über seinen vorgesehenen Besuch bei Präsident Johnson und über die Mittelfristige Finanzplanung sowie die Konjunkturpolitik. Über die im Bereich der Bundeswehr zu treffenden Maßnahmen wird der Bundeskanzler im Laufe dieser Woche mit Verteidigungsminister Dr. Schröder sprechen. Der Bundesvorstand stimmte dem Programm der Mittelfristigen Finanzplanung und den vorgesehenen konjunkturpolitischen Maßnahmen zu. Der Bundesvorstand betrachtet die Mittelfristige Finanzplanung als eine Einheit, an der festgehalten werden muß, ohne einzelne Maßnahmen herauszuberechnen.“

Herr Barzel schlägt vor, an Stelle des letzten Absatzes „Der Bundesvorstand stimmte dem Programm ... bis herauszuberechnen“ wie folgt zu formulieren:

„Der Bundesvorstand stimmte dem Gesamtwerk der Mittelfristigen Finanzplanung zu. Er betrachtet diese Vorlage als Einheit, aus der einzelne Maßnahmen nicht herausgeboren werden sollten.“ (*Kraske*: Dann fehlt die Konjunkturpolitik!)

Barzel: Meine Damen und Herren! Darf ich ergänzen, warum das nötig ist! Wir können unmöglich den konjunkturpolitischen Maßnahmen zustimmen, weil es sie noch gar nicht gibt. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat hier eine sehr reservierte Haltung eingenommen. Wir sind bereit, einem zweiten Eventualhaushalt zuzustimmen, wenn die Wünsche, die der Bundeskanzler hier vorgetragen hat, verwirklicht werden. Das wissen wir aber bis zur Stunde noch nicht.

Wir kennen auch nicht die konjunkturelle Lage im September. Ich habe dem Herrn Schiller neulich vor dem Kabinett gesagt, er müsse uns zunächst einmal überzeugen von der Notwendigkeit dieses Programms und von dessen analytischer Grundlage.

Wir können also heute, meine Damen und Herren, unmöglich schon unsere Zustimmung geben zu Konjunkturmaßnahmen, die wir alle noch gar nicht kennen. (*Zuruf*: Nehmen wir doch die Formulierung: Gesamtwerk!) „Gesamtwerk“ haben wir deshalb auch in der Fraktion gesagt. Wir stehen in der Gefahr, daß die Sozialdemokraten sagen: Im Sozialhaushalt werden 1,2 Mrd. DM frei. Deshalb wollen wir uns das vorbehalten. Wenn es so bleibt, können wir unmöglich die Ergänzungsabgabe schlucken. Wir haben deshalb gesagt: Dann machen wir bei der Einnahmeseite einen anderen Vorschlag. (*Unruhe und Bewegung.*)

Heck: Das Gesamtwerk der Mittelfristigen Finanzplanung kann nicht so interpretiert werden, als ob konjunkturpolitische Maßnahmen überhaupt nicht drin wären. Und das ist entscheidend, weil ja die SPD ihrerseits das Junktim von hier aus aufgebaut hat.

Nun habe ich hier noch folgenden Satz, der vor diesen Abschnitt eingefügt werden soll: „Der Bundeskanzler betonte die Bedeutung und die Dringlichkeit der nunmehr in Angriff zu nehmenden Finanzverfassungsreform.“ Nun, ich finde das Ganze ein bißchen dünn. (*Seebohm:* Herr Heck, sagen Sie nicht: Der Bundeskanzler wird sprechen; denn das Wort „sprechen“ klingt so ... – *Meyers:* Als ob wir sonst nicht miteinander sprächen. – *Seebohm:* Ja, deshalb würde ich sagen: abschließend beraten.) Es wäre nützlich, wenn die Entschließung noch redaktionell überarbeitet würde. Zuerst wurde ein Entwurf gemacht. Dann hat der Bundeskanzler Einfügungen gemacht und Worte gestrichen. Dann wollte Herr Barzel am Schluß etwas ändern. Es ist also nicht ganz leicht. (*Stingl:* Es kommt auch nicht zum Ausdruck, daß wir darüber beraten haben. – *Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Es heißt doch nicht, daß sie zum erstenmal miteinander sprechen werden, sondern daß sie in dieser Woche über die Bundeswehr sprechen. Daß sie das bisher nicht getan haben, weiß und bedauert die gesamte deutsche Öffentlichkeit. Deswegen wird es hier angekündigt. (*Unruhe und Bewegung.*)

Fay: Ich schlage vor, die Worte: „zu seiner konstituierenden Sitzung“ wegzulassen. Es sind immerhin neun Wochen her, seitdem wir gewählt worden sind. Das macht einen schlechten Eindruck. (*Kraske:* Die Wahl war Ende Mai, und heute haben wir den 17. Juli, also rund sieben Wochen.) Lassen Sie es weg! (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Wird noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. (*Zuruf:* Wann ist die nächste Sitzung des Bundesvorstands?) Es ist der 2. Oktober vorgesehen. Aber es ist unsicher, ob dieser Termin eingehalten werden kann; denn dann kommt irgendein Potentat.⁹⁹ (*Kraske:* Sie sollten sich den 2. Oktober vorläufig freihalten.) Wenn der Termin nicht verschoben werden muß, weil der Bundeskanzler blockiert ist, bleibt es beim 2. Oktober. Das wird also im Laufe der Woche geklärt werden. Ich danke Ihnen und darf die Sitzung schließen.

⁹⁹ Vermutlich gemeint ist der Besuch von König Hussein von Jordanien am 29.–31. Oktober 1967, vgl. AAPD 1967 Nr. 374.